

Die Baugewerkschaft

Organ
des Zentral-Verbandes
christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementspreis pro Quartal 2,- Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zustellung unter Kreuzband 2,40 Mk.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
Schluß der Redaktion: Montag, morgens 8 Uhr.
Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Herausgegeben vom Vorstandsvorstand.
Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.
Postcheck-Konto der Hauptkassa 9367 Berlin.

Haupt-Insertaten-Geschäftsstelle: Berlin O 17, Rüdersdorfer Straße 60. Tel.: Amt Königstadt 4337.
Insertaten-Geschäftsstelle für Süddeutschland: Annoncen-Expedition Germania, München, Hofstatt 6.
Anzeigenpreis: Insertate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.
Schluß der Anzeigenannahme 10 Tage vor Erscheinen jeder Nummer.

Nummer 27. Berlin, den 6. Juli 1913. 14. Jahrgang.

Die Volksversicherung.

Wesen und Aufgaben.

In den letzten Monaten ist sehr viel über die Frage der Volksversicherung geredet und geschrieben worden. Auch in den Kreisen der christlich-nationalen Arbeiterschaft wird seit Monaten diesem Gegenstand lebhaftes Interesse entgegengebracht. Mit dem 1. Juli dieses Jahres tritt die Frage der Volksversicherung in Deutschland in ein neues Stadium. Während seither in der Hauptsache privatkapitalistische Lebensversicherungsanstalten die Volksversicherung betrieben, beginnen mit dem 1. Juli zwei neue Gesellschaften ihre Wirksamkeit, die auf gemeinnütziger Grundlage aufgebaut sind: die sozialdemokratische Volksfürsorge und die Volksversicherungsgesellschaft, die unter Mitwirkung der christlich-nationalen Arbeiterorganisationen gebildet wurde. Es erscheint daher notwendig, einiges darüber zu sagen, was sich demnächst in dieser Frage der Volksversicherung abspielen wird.

Was versteht man unter Volksversicherung?

Die Bezeichnung Volksversicherung findet Anwendung auf die kleinen Lebensversicherungen, sofern sie unter 1500 Mk Versicherungssumme abgeschlossen sind. Diese kleinen Lebensversicherungen sind außerordentlich vielfältig. Man kennt 1. Versicherungen auf den Todesfall (Sterbegeldversicherung), 2. Versicherungen auf den Todes- und Lebensfall (die sogenannte gemischte Versicherung), bei welcher die Versicherungssumme beim Tode, spätestens aber beim Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer gezahlt werden muß, 3. Versicherungen mit festem Auszahlungstermin (Versorgungsversicherung). Diese Versicherungsart wird in der Regel angewendet für ganz bestimmte Zwecke, z. B. um die erforderlichen Mittel, unabhängig von dem Leben des Versicherten oder Vaters für einen bestimmten Zeitpunkt, so bei der Schulentlassung, für den Militärdienst oder bei der Heirat der Kinder auf jeden Fall zur rechten Zeit bereit und sicher zu stellen, 4. Versicherungen für Kinder im Alter bis zu 14 Jahren; diese Versicherung soll den Eltern die rechtzeitige Bereitstellung der zur Ausbildung eines Sohnes oder zur Ausstattung einer Tochter erforderlichen Mittel ermöglichen, gleichzeitig sichern sie sich dadurch das vergrößerte Kapital für den Fall, daß das Kind vorzeitig stirbt, 5. Bei allen genannten Arten von Versicherungen sind sogenannte Zufallsversicherungen möglich, d. h. die Versicherten können über die regelmäßigen Beiträge hinaus ab und zu größere oder kleinere Beträge, die sie glauben erbringen zu können, bei der Volksversicherung einzahlen. Durch diese freiwilligen Einzahlungen gestalten sie ihre Versicherung aus und erhöhen die Versicherungssumme. Ueber 1500 Mk darf jedoch bei der Volksversicherung nicht gegangen werden.

Der Volksversicherungsgedanke ist bereits sehr weit verbreitet.

In Deutschland hat allerdings diese Art der Versicherung noch nicht den Umfang angenommen, wie z. B. in England und Amerika. In Amerika sind es bereits zwischen 50 und 60 Prozent und in England zwischen 30 und 40 Prozent der Bevölkerung, die der Volksversicherung angehören, während in Deutschland ca. 12-15 Prozent in Betracht kommen. Dieses erklärt sich dadurch, daß in Deutschland bereits seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts die soziale Arbeiterversicherung ihre gegen-

reiche Wirksamkeit begann und den minder bemittelten Volksschichten nicht unerhebliche Summen bei Krankheit, Tod, Unfall und Invalidität zuführte. Nichtsdestoweniger gewinnt auch in Deutschland der Gedanke der Volksversicherung als wertvolle Ergänzung der Sozialversicherung in immer stärkerem Maße seine Anhänger aus den breiten Schichten unseres Volkes.

1912 liefen in Deutschland schon rund 8 1/2 Millionen Policen der Volksversicherung, die in der Hauptsache mit und von privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften abgeschlossen waren, und die eine Versicherungssumme von mehr als 1 1/4 Milliarde Mark umfaßten.

15 größere Versicherungsgesellschaften besaßen sich zurzeit mit den kleinen Lebensversicherungen. Davon haben aber allein die zwei größten Gesellschaften 6 1/2 Millionen von den 8 1/2 Millionen Volksversicherungspolicen abgeschlossen. Die Versicherungsgesellschaft „Victoria“ Berlin hat nämlich 3 1/2 Millionen und die „Friedrich Wilhelm“ Berlin 2 1/2 Millionen solcher Policen. Die höchsten Zahlen von sämtlichen Versicherungsarten weisen die Kinderversicherungen, wie Schulentlassungs-, Militär- und Brautausstattungsversicherungen auf.

Diese Versicherungen verfolgen nach mancherlei Richtung hin einen guten Zweck. Sie setzen das Mittel der Selbsthilfe, der rechtzeitigen Vorbeuge an Stelle des Bettels und des Vorgesens aus Anlaß der hl. Kommunion, der Konfirmation und während der Militärzeit, sowie bei der Verheiratung der Kinder. Soweit ist also die Sache an sich ganz lobenswert, wenn nicht der Pferdefuß bei den privaten Versicherungsgesellschaften, insbesondere bei den beiden vorgenannten, „Victoria“ und „Friedrich Wilhelm“, dabei herauskommt. Die Mißstände bei diesen Gesellschaften sind ganz enorme.

Nach den von Elmischen Angaben sind bei der „Victoria“ in den letzten acht Jahren rund 8 Millionen Mark von eingezahlten Prämien verloren gegangen. 614 953 Personen liefen in demselben Zeitraum ihre Versicherungen verfallen, trotzdem seit 1910 laut Reichsgesetz jede Police in eine sogenannte beitragsfreie Police umgewandelt werden kann. Bei der „Friedrich Wilhelm“ betragen die verfallenen Volksversicherungen sogar in den ersten drei Jahren 75 Prozent. Von dem Gesamtgewinn der „Victoria“, die neben der Volksversicherung ja auch noch das sogenannte „große“ Lebensversicherungsgeschäft betreibt, entfielen in den letzten acht Jahren 25 Millionen Mark auf die Volksversicherung oder 41 1/2 Prozent, bei der „Friedrich Wilhelm“ 14,3 Millionen Mark oder 51 Prozent.

Nach von Elm erhielt der Direktor von der „Victoria“ zuletzt jährlich 190 000 Mk Gehalt und 2 Prozent vom Jahresgewinn; derselbe betrug 1910 34 286 686,21 Mk, demnach betrug das Gesamtgehalt des Direktors in demselben Jahre 305 733,73 Mk und im Jahre 1912 847 731,33 Mk. Als Aktionärsdividende der „Victoria“ gab von Elm 39 Prozent an, er wurde von der „Victoria“ deshalb angegriffen und prüfte die Sache noch einmal nach. Hierbei machte er folgende Entdeckung: Jede Aktie der „Victoria“ beträgt 3000 Mk, davon ist aber nur ein Fünftel, also 600 Mk, bar eingezahlt; die übrigen vier Fünftel, also 2400 Mk, werden den Aktionären vom Gewinn zugewandt, insgesam betrug die Aktionärsdividende im Jahre 1911 nicht 13 Prozent, wie die „Victoria“ behauptet, auch nicht 39 Prozent, wie von Elm erst behauptet hatte, sondern 65 Prozent.

Ueber die gesamte Geschäftsgebarung der Victoria gibt nachstehende Tabelle näheren Aufschluß:

Jahr	Lantienmen		Zur Tilgung des von den Aktionären nicht bar eingezahlten Aktienkapitals	Dividende an die Aktionäre in ganzen	pro Aktie	Prozent der eingezahlten
	an dem Vorjahr	an dem Aufschußrat				
1904	335326,30	150 000	400 000	570 000	285	47 1/2
1905	383288,16	150 000	400 000	600 000	300	50
1906	30188,07	150 000	400 000	630 000	315	52 1/2
1907	474628,17	150 000	500 000	680 000	330	55
1908	521120,06	150 000	600 000	690 000	345	57 1/2
1909	580576,64	150 000	800 000	720 000	360	60
1910	634243,51	150 000	500 000	750 000	375	62 1/2
1911	694281,30	150 000	400 000	780 000	390	65

1058651,21 | 1 260 000 | 4 600 000 | 5 400 000 |

Bei der „Friedrich Wilhelm“ betragen die Lantienmen:

	1909	1909	1910	1911
für den Aufsichtsrat	80 827	88 355	92 599	95 582
für den Vorstand	96 993	106 001	110 079	114 688
für sonstige Personen	24 248	26 500	27 719	28 672
zusammen	302 068	320 856	330 397	338 942

Aktien der „Friedrich Wilhelm“ 4000 Stück à 1500 Mark bis 6 Millionen Mark. Auf jede Aktie ist ein Viertel, 375 Mark bar eingezahlt.

An Dividenden erhielten die Aktionäre der „Friedrich Wilhelm“:

1908:	510 000 Mk.	— 127,50 Mk.	für jede Aktie	— 34 Prozent
1909:	540 000 Mk.	— 135,00 Mk.	für jede Aktie	— 36 Prozent
1910:	540 000 Mk.	— 135,00 Mk.	für jede Aktie	— 36 Prozent
1911:	570 000 Mk.	— 140,00 Mk.	für jede Aktie	— 38 Prozent

auf 2 160 000 Mk.

Die Verwaltungskosten betragen bei der „Victoria“ in den letzten acht Jahren bei großen Lebensversicherungen 10,6 Millionen Mark oder 2,95 Prozent. Bei den Volksversicherungen hingegen 2,3 Millionen Mark oder 6,43 Prozent. Bei der „Friedrich Wilhelm“ kamen bei großen Versicherungen auf Verwaltungskosten 7,52 Prozent, bei Volksversicherungen hingegen 13,89 Prozent.

Die Versicherungsnehmer haben also in den letzten acht Jahren ihren Rückgebern das kleine Stümchen von 14 Millionen 633 Tausend Mark und 21 Pfennig bezahlt.

Diese offensichtlichen Fehler und Mißstände, wie z. B. der zu große Verschleiß der Policen und die geradezu ausbeuterischen Praktiken, die der Volksversicherung im privatkapitalistischen Lager eigen sind, geben der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Sozialdemokratie Anlaß, sich dem Volke als Retter in der Not zu zeigen und die rote „Volksfürsorge“ ab 1. Juli d. J. einzuführen. Von der roten „Volksfürsorge“ und der auf gemeinnütziger und nationaler Grundlage beruhenden „Deutschen Volksversicherung A.-G. Berlin“ soll in einem nächsten Artikel geredet werden.

Die internationale Baufach-Ausstellung zu Leipzig.

Ein Gang durch die Gruppe der Baumaterialien zeigt uns, in welcher vielfältiger Art dieselben heute zur Verwendung gelangen. In älteren Zeiten bildeten der Naturstein, Lehm, Kalkmörtel und Holz fast die alleinigen Baustoffe. Im Bestreben der Erfindungen hat sich das geändert. Eisen und Zement haben sich ein weites Feld erobert. Kunststeine machen den Natursteinen den Rang streitig; die Dachbedeckungen haben

sich durch Anlehnung der Dachpappe und anderer Stoffe ebenfalls vermehrt. Mit der Vermehrung der Baustoffe ging die Umgestaltung der Konstruktionen, die erst hierdurch ermöglicht wurden. Auch in der Außenarchitektur machen sich die neuen Baustoffe bemerkbar, weil durch sie die konstruktiven Schwierigkeiten, die in den zur Befestigung stehenden älteren Baumaterialien lagen, überwunden werden können. Das beweist uns, daß Stil und Konstruktion stark von den vorhandenen Baumaterialien abhängig sind.

Eisen und Zement sind in die Gruppe der wichtigsten Baumaterialien getreten. Insbesondere hat der Zement seit Anwendung des Eisenbetons an Bedeutung gewonnen. Und aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Eisenbeton noch an Ausdehnung zunehmen, da seine Anwendung heute noch unbegrenzt ist. Nicht nur zur Herstellung von Bauwerken findet er Verwendung, sondern auch zu vielen anderen Zwecken. Die Sichtfahndelaber vor dem Leipziger Hauptbahnhof sind aus Eisenbeton, und sie machen einen besseren Eindruck als wenn sie nur aus Eisen beständen. Man mag bereits Versuche, Schiffe aus genanntem Material herzustellen. Seine Anwendung ist also noch unbegrenzt, sie wurde möglich, nachdem preisfrei festgestellt war, daß das Eisen in der Betonmasse nicht rostet. Denn wäre letzteres der Fall gewesen, müßten die aus Eisenbeton errichteten Bauwerke ja eines Tages zusammenstürzen, sobald das Eisen verrostet wäre. In unserer Zeit mit ihren beschränkten Baumaterialien, den Anforderungen an Sicht und Luft, der Schnelligkeit, mit der gebaut werden muß, muß ja ein solches Baumaterial mit seinen neuerlichen, weitgehenden Konstruktionsmöglichkeiten sich ein weites Feld erobern.

Um die Baumaterialien herum hat sich eine ganze Wissenschaft herangebildet, die diese in ihrer Benutzbarkeit prüft, und ihre Widerstandsfähigkeit gegen alle möglichen Elemente zu ergründen sucht. Diese Wissenschaft ist noch nicht alt, erst seit dem vorigen Jahrhundert hat sie sich etabliert, seitdem die Technik die Lehre der Physik und Chemie in ihren Dienst stellte. Sie hat sich als durchaus zweckmäßig erwiesen und die Grundlagen geschaffen, auf denen sich die russischen Berechnungen für die Baumaterialien und die einzelnen Konstruktionsweise aufbauen.

Die Baumaterialien werden geprüft auf ihre Festigkeit und ihre sonstigen Eigenschaften. Der einzelne Konstruktionsteil wird für sich geprüft, und wenn er mit anderen Teilen verbunden ist, weil im letzteren Falle die Tragfähigkeit verschieden sein kann. So weiß z. B. ein mit der Säge aus einem gehämmten Ziegel (Hartbrandziegel) herausgeschmittener Würfel eine Druckfestigkeit bis zu 600 Kilogramm auf einem Kubikzentimeter auf, während ganze Ziegelsteine mit Mörtel bemauert nur eine solche von circa 100—150 Kilogramm auf den Kubikzentimeter besitzen. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß bei Nichtkenntnis dieser Eigenschaften die Konstruktionsweise entweder zu stark oder zu schwach bemauert werden können. Das erste würde, abgesehen von anderen Gesichtspunkten, die Baustoffen unnötig vertragen, das zweite kann leicht schlimme Folgen nach sich ziehen, indem es zu Einstürzen führt, was ja keine Extremität ist. Da das Baumaterial auch in der Quantität verschieden ist, ist eine vorherige Prüfung auf die Druckfestigkeit durchaus ratsam, weil die Dimensionierung der Konstruktionsweise danach berechnet werden kann. Das wird auch bereits von einigen behördlichen Vorschriften berücksichtigt. Auch die richtige Zusammenfügung der Materialien ist von großer Wichtigkeit, z. B. wenn es sich um die Herstellung von wasserdichten Mauerwerk oder solchen Fundamenten handelt. Nach dem jeweiligen Verfahren, dem der Mauerwerk angelegt ist, muß die Mauerwerk nicht überhöht sein, aber auch in der Höhe der richtigen Zusammenfügung liegen bestimmte Vorschriften. Das heißt, die Bedeutung des ist, geht aus einem Beispiel hervor, daß der Stütz- und Stützpunkt in einem Falle in der „Jubel- und -Bau“ der die Bedeutung der Materialprüfung für die Technik anzeigt. Der Zusammenbau solcher Teile ist es natürlich hierher.

Die ein großes Material (Zement) sollte ein aus Zement, Sand, Kies und Wasser bestehender Mörtel zur Verwendung gelangen, der bei der Anwendung möglichst leicht zu handhaben ist. Zu jedem Mörtel in der Baugewerkschaft sind gewisse Vorschriften zu befolgen, um diesen Zweck zu erreichen. Die Bedeutung der Materialprüfung für die Technik anzeigt. Der Zusammenbau solcher Teile ist es natürlich hierher.

beschränkte Zahl von Mörteln wurde alsdann den Versuchen zur Ermittlung der Wasserdurchlässigkeit unterzogen. Nur 2 von 8 untersuchten Mörteln waren bei dem vorgeschriebenen Wasserdruck und der erforderlichen Festigkeit wasserundurchlässig. Ihre unter Berücksichtigung des örtlichen Rohmaterialkosten kalkulierten Preise differierten um 1,60 M pro Kubikmeter, und da 70 000 Kubikmeter Mörtel benötigt wurden, bedeutet die Wahl des billigsten Mörtels eine Ersparnis beim Bau von 112 000 M bei gleicher Güte hinsichtlich Wasserdurchlässigkeit und bei in Frage kommenden sonstigen Eigenschaften. Die Kosten der Materialprüfung beliefen sich auf etwa 1000 M, und es zeigt dieses Beispiel, daß diese Kosten nicht unnötig aufgewendet wurden.

Dieses Beispiel ist gewiß lehrreich. Auch die Wetterbeständigkeit der Baumaterialien und ihre sonstige Widerstandskraft ist von ihrer Zusammensetzung oder ihrer richtigen Anwendung abhängig. Natürlich muß das ausgeprüft werden, wenn nicht schon die jahrelange praktische Erfahrung den Lehrmeister abgegeben hat. Insbesondere trifft letzteres mit den neuen Baumaterialien zu. So waren z. B. bis in dieses Jahrhundert alle Länder in dem Eisenbetonbau geistig abhängig von Frankreich, wo der Eisenbeton bekanntlich zuerst zur Anwendung kam. Das änderte sich radikal, als die deutschen Ingenieure und Techniker damit begannen, die theoretischen Grundlagen des Eisenbetonbaues zu erforschen und durch systematische Versuche die Grundlage für dessen konstruktiven Möglichkeiten festzulegen. Durch diese Forscherarbeit sind wir nicht nur frei geworden von den französischen Ingenieuren, sondern haben auch die anderen in geistige Abhängigkeit von uns gebracht.

Eine solche Materialprüfungsanstalt wird unter der Leitung der Kgl. Sächs. Mechanisch-Technischen Versuchsanstalt an der Technischen Hochschule zu Dresden und im Betriebe durchgeführt. Es ist außerordentlich interessant, die einzelnen Prüfungsmethoden zu beobachten. Die verschiedenartigsten Maschinen sehen wir vor uns, die einen, um die Probekörper, soweit sie nicht aus Eisen oder Holz sind, herzustellen oder herzurichten, die anderen, um sie zu zerstören. Maschinen, die auf Zug und Druck eingestellt werden können, andere mit Schlag- oder Biegevorrichtungen. Wir sind Zeuge der Ausprobierung der Zugfestigkeit eines Eisenstabes. Wie an einer Waage zeigt eine Junge das Gewicht der Belastung an, ohne sich nach unten zu senken, solange der Eisenstab die Belastung trägt, ohne sich zu verändern. Sobald der Eisenstab beginnt, unter dem zunehmenden Gewicht sich zu strecken, senkt sich die Junge, um aufzuschlagen, sobald die Grenze der Belastungsfähigkeit erreicht ist. Deutlich bemerkt man, wie der Stab im ganzen dünner wird, bis er dann an einer Stelle beginnt sich sehr stark zu verbünnen, wo sich dann die Bruchstelle einstellt. Das Eisen ist durch die Probezeit, durch die innere Veränderung ganz heiß geworden. Die Prüfung der Tragfähigkeit der Eisenkonstruktionen, insbesondere für den Eisenbetonbau, ergibt sich daraus ohne weiteres. Andere Materialien, Zementwürfel, Ziegelsteinwürfel, Ziegelmauerkörper, Holz, werden dem Druck ausgesetzt, andere wieder dem Schlag.

Wir sehen ferner, wie durch optische Vergrößerungen und Spiegelungen die geringste Belastung eines Körpers, die dem bloßen Auge verborgen bleibt, zu beobachten ist. Eine fünf Meter lange Eisenstange, die an den beiden Enden aufgelagert ist, befindet sich vor uns. Das optische Instrument, das in der Mitte angebracht ist und mit einem anderen an der Hand angebrachten in Kontakt steht, zeigt uns, natürlich in stark vergrößerter Form, die Durchbiegung der Stange an, wenn wir sie nur mit dem kleinen Finger leicht berühren.

Die Prüfung der Baumaterialien beruht auf internationaler Vereinbarung. Die Eisenstäbe, die Würfel von Stein, Beton usw. sind von einheitlicher Stärke, letzterer in der Regel von fünf Zentimeter Kantlänge. Die Würfel werden genau abgeschliffen, um die Druckfläche gleichmäßig zu gestalten. Die Richtung des Betons ist genau anzuweisen, sowohl die Sandströmungsrichtung als die Richtung der seitlichen Mischung. Zur Erzielung dieser Gleichmäßigkeit sind besondere Maschinen konstruiert, die automatisch arbeiten und z. B. aussetzen, sobald die Mischung die vorgeschriebenen Stöße mit dem Stampfer erhalten hat.

Diese Materialprüfungsanstalt ist für den Baugewerkschaftler von außerordentlichem Interesse. Sie zeigt uns in die inneren Gehege der Technik und öffnet die Augen für immer größere Fortschritte. Die Grenzen des Mörtels sind der Prüfungsanstalt in sich birgt. Die Aufgabe der Wissenschaft, die Regeln ergibt, ist die Aufgabe der Baugewerkschaft.

Die Caribbewegung 1913.

III.

Nach unseren vorausgegangenen Artikeln, die sich mit taktischen Fragen und den sonstigen Voraussetzungen zu einer für die Arbeiter günstigen oder ungünstigen Tarifveränderung befassen, kommen wir zu dem sachlichen und materiellen Inhalt des neuen Vertrags. Da ist zu konstatieren, daß, abgesehen von dem Lohn, wesentliche Veränderungen nicht eingetreten sind. Das war zu erwarten, nachdem das frühere Vertragsverhältnis größere Unzulänglichkeiten nicht gezeigt hatte. Gewiß enthielt daselbe manches, was von den beiden Vertragsparteien als Unvollkommenheit, vielleicht sogar als Härte empfunden wurde. Aber diese Mängel hatten allem Früheren an, insbesondere wird das der Fall sein, wo zwischen zwei Parteien mit so weit auseinandergehenden Interessen ein Ausgleich geschaffen wird. Ein Tarifverhältnis, das reiflos dem Willen einer Partei entspräche, ist undenkbar, und wäre ein solches auch nicht haltbar. Es würde einen derartigen Druck erzeugen, daß es bei der ersten sich bietenden Gelegenheit über den Haufen gerannt würde.

Sind, wie wir bereits sagten, wesentliche Veränderungen in dem neuen Tarifvertrag nicht enthalten, so werden wir aber finden, daß einzelne Teile eine schärfere Herausarbeitung nach der prinzipiellen Seite hin erfahren haben, andere wiederum nach der sachlichen Seite. Zunächst die prinzipielle Seite. Das Wort „Reichstarif“ hat nun auch formell seine Aufnahme in den Vertrag gefunden. Der bisherige Zustand entsprach gewiß schon einem Reichstarifverhältnis. Wir brauchen die Gründe hierfür nicht näher auseinanderzusetzen, sie sind aus der Geschichte des Kampfes in 1910 bekannt. Gewiß entspricht diese Regelung den Wünschen der Arbeitgeber, und sie haben zielbewußt danach gestrebt. Was sie sich davon versprochen haben, ist bis heute nicht eingetreten, wenigstens soweit nicht, als sie glaubten, unter dem Reichstarif einen überragenden Einfluß sowohl auf den Inhalt des Tarifvertrages, wie auch auf die Arbeiterorganisationen selbst zu gewinnen. Diese von ihnen öffentlich bekundete Absicht, die in ihren Anträgen zum Tarifabschluß in 1910 ihren schärfsten Ausdruck fand, rief die Gegnerschaft der Bauarbeiterorganisationen auf den Plan. Es waren somit in erster Linie taktische Gesichtspunkte, die die Bauarbeiterverbände zu Gegnern des Reichstarifs machte, weil sie eine Schwächung ihres Einflusses auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen davon befürchteten. Natürlich darf keine wirtschaftliche Organisation diese Seite außer Betracht lassen, sie würde sonst die Interessen ihrer Mitglieder in unverantwortlicher Weise gefährden.

Nachdem die angezogenen taktischen Bedenken jedoch geschwunden sind und nachdem der Beweis erbracht ist, daß wir auch unter der Herrschaft des Reichstarifs in der Lage sind, die Interessen unserer Mitglieder zu wahren, blieb nur noch die rein sachliche Würdigung des Reichstarifs übrig. Und diese geht dahin, daß ein einheitliches Tarifverhältnis über das ganze Reich so viele Vorteile enthält, daß es dem früheren chaotischen Zustand der vielen Einzelverträge, entschieden vorzuziehen ist. Das ist insbesondere im Baugewerbe mit dem stark wechselnden Arbeiterstrom von Bedeutung, der es nur angenehm empfinden kann, nicht mit dem Wechsel des Arbeitsortes wiederum ein anderes Tarifverhältnis mit ihm fremden Bedingungen vorzufinden. Und wenn man einwenden wollte, daß unter dem Reichstarif die vorhandenen großen Lohnunterschiede zwischen wirtschaftlich gleichstehenden Orten und Gebieten, nur schwer auszugleichen seien, so müßte doch erst der Beweis dafür erbracht werden, ob dieses bei Einzelverträgen möglich sei. Wir bestreiten dieses und behaupten, daß der Gedanke des Lohnausgleichs überhaupt erst unter einem Reichstarif praktische Gestalt annehmen konnte. Die gleichen Gründe, die zu der Vielgestaltigkeit der Löhne unter gleichartigen Verhältnissen führten, mögen es nun die Konjunktur oder die gegenseitigen Organisationsverhältnisse oder der besonders hartnäckige Widerstand der Arbeitgeber sein, bleiben stets bei Einzelverträgen in Wirksamkeit. Die Gestaltung der Einzelverträge hängt immer von Zufälligkeiten ab, während eine einheitliche Regelung über das Reich solche nicht berücksichtigt, sondern sich nach einheitlichen Richtlinien bewegt. Wenn bei dem jetzigen Tarifabschluß in einer Reihe Einzelfällen noch Mängel in dieser Beziehung zu Tage getreten sind, so wird damit nicht unsere Behauptung entkräftet, sondern nur bewiesen, daß noch manches mangelhaft und darum zu verbessern ist. Unbestreitbare Tatsache ist, daß viele Orte und Gebiete unter den beiden letzten Tarifabschlüssen zu Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen gekommen sind, die sie auf Grund ihrer besonderen Verhältnisse nie erlangt hätten. Andere hätten vielleicht mehr bekommen, aber dadurch wäre der chaotische Zustand höchstens nur noch vermehrt worden, wäh-

rand bei der einheitlichen Regelung der Nebelkondensations-Einfluss deutlich zutage tritt. Greifen wir nur z. B. die Bauhilfsarbeiter heraus. In vielen Orten ist der Unterschied zwischen ihrem und dem Lohn der Maurer ungewöhnlich hoch, während im allgemeinen ein solcher von 10 Pf. für berechtigt anerkannt wird. Im Jahre 1910 wurde ihnen bei 13 Pf. Lohnunterschied ein Ausgleich von 1 Pf. und in 1913 bei 12 Pf. wiederum ein solcher zugesprochen. Aus eigener Kraft würden sie in vielen Fällen nicht in der Lage gewesen sein, dieses zu erreichen.

Es kann uns nicht darauf ankommen, hier im einzelnen die Vorzüge des Reichstarifs aufzuzählen. Sie sind aber so bedeutend, daß Erwägungen über angelegliche Beschränkungen der Selbstbestimmung der örtlichen Organisationen nicht dagegen aufkommen können. Eine solche Beschränkung, wenn sie überhaupt bestehen sollte, wird ja auch nur dann hinderlich empfunden, wenn der Glaube vorhanden ist, auf Grund besonders günstiger Umstände größere Vorteile für sich herauszuschlagen, während sie im umgekehrten Falle als wohlthuend anerkannt werden wird, d. h. wenn auf Grund der allgemeinen Regelung Vorteile herauskommen, die man sonst nicht erreichen könnte. Im übrigen haben sich die Anschauungen über die Selbstbestimmung bei den örtlichen Organisationen gegenüber früher erheblich gemildert; wohl auch aus der Erkenntnis heraus, daß diese auch bei der allgemeinen Regelung gewahrt bleibt, sie bewegt sich nur in einer höheren Form. Wie sich früher die Minderheit der Mehrheit in der örtlichen Versammlung fügen mußte, so geschieht das heute auf der Verbandsgeneralversammlung. Und wenn man letzterer die Statutenfestsetzung überläßt, warum dann nicht auch die Entscheidung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Soviel Vertrauen in die höchste Verbandsinstanz, die Generalversammlung, muß aber auch vorhanden sein, daß sie nur eine Entscheidung trifft, die nach sachlicher Prüfung aller Umstände, die Interessen der Mitglieder am besten wahrht.

In allen Berufen mit fortgeschrittener Tarifentwicklung erblicken wir den Reichstarif. Am ausgeprägtesten im Buchdruckergerwerbe, das ihn schon seit 1897 besitzt. Das Holzgewerbe, das bisher das Reich in vier Tarifteile eingeteilt hatte, mit vierjährigen Tarifperioden, von denen immer der eine ein Jahr nach dem andern zum Ablauf kam, hat bei dem Tarifabschluß in diesem Frühjahr sich bereits auf zwei Perioden verständigt. Die Zeit wird nicht mehr fern sein, wo auch im Holzgewerbe nur ein einheitlicher Tarifvertrag in Frage kommt. Das Holzgewerbe aber ist von den reichstatarifistischen Organisationen bislang als Muster hingestellt worden, dem nachzuahmen wohl ein Kampf wert sei.

Wir sagen, der Reichstarif liegt in der tariflichen und organisatorischen Entwicklung unserer Verhältnisse begründet. Nun wird gewiß die Entwicklung von den Menschen beeinflusst. Sollen wir gegen diese, so wie sie vor uns liegt, ankämpfen? Einen vernünftigen und wirklich sichhaltigen Grund, der aus gewerkschaftlichen Motiven entspringt, können wir nicht dafür finden, es müssen somit schon andere Gründe für die Reichstarifgegner in Betracht kommen. Ohne Kampf aber wäre eine Umwälzung nicht denkbar, und was wäre der Erfolg? Um in kürzerer Frist wieder da zu landen, wo man aufgehört — beim Reichstarif. Denn wie ein solcher Kampf auf breiterer Grundlage geführt würde, so würde auch seine Beendigung auf dieser erfolgen. Nur würde die Deffektivität einen um dieses Ziel geführten Kampf nicht verstehen und die Arbeitgeber würden den stärksten Rückhalt an ihr finden. Welche Bedingungen man aber einer Organisation, die sich an dem allgemeinen Widerstand verbluten müßte, aufzotroyieren würde, das kann sich jeder leicht ausdenken.

Allgemeines.

Neuregelung der Steuerleistung bei Arbeitslosigkeit in Preußen. Bei der bevorstehenden preussischen Steuerreform soll, Pressenachrichten zufolge, die Frage der Steuerleistung im Falle unverschuldeter Arbeitslosigkeit einheitlich geregelt werden. Die hauptsächlichste Verbesserung besteht nach dem „Arbeitsmarkt“ darin, daß der Nachweis einer zehnwöchigen Arbeitslosigkeit, der bei gewerblichen Arbeitern im Gegensatz zu andern arbeitslosen Steuerpflichtigen verlangt wurde, in Zukunft nicht mehr notwendig ist. Die Frage wird künftig für alle Personen einheitlich in der Weise geordnet werden, daß der Steuerpflichtige, der bei gewerblichen Arbeitern im günstigsten Falle erst nach vier Monaten eintritt, in Zukunft sofort eintritt. Wird der Nachweis erbracht, daß innerhalb des Steuerjahres infolge Fortfalls einer Verdienquelle oder durch Arbeitslosigkeit oder außerordentliche Unglücksfälle das veranlagte Jahreseinkommen des Steuerpflichtigen sich um mehr als den fünften Teil verringert hat, so kann vom Beginn des Monats ab, der auf den Eintritt der Einkommenverminderung folgt, für das betreffende Steuerjahr eine dem noch verbleibenden Jahreseinkommen entsprechende Ermäßigung des Einkommensteuerfußes verlangt werden. — Damit ist ein bedeutender Fortschritt erzielt. Gegenwärtig kann diese Ermäßigung bei allen Steuerpflichtigen außer den gewerblichen Arbeitern eintritt, die durch naturgemäße Benachteiligung waren. Die Neu-

regelung bedeutet für diese also eine bemerkenswerte Verbesserung. Die neue Fassung wird im Einkommensteuergesetz festgelegt werden.

Die Einweihung des neuen Rathauses in Hannover. die im Anschluß an die Jubiläumsgelächlichkeiten durch den Kaiser selbst vollzogen wurde, hat eine Reihe Ordensauszeichnungen für die am Bau beteiligten Personen gebracht. Unter den so ausgezeichneten befinden sich auch zwei Mitglieder unseres Verbandes. Es sind die Kollegen Christoph Henke (Maurer) und Leonhard Fied (Arbeiter), die mit dem Allgemeinen Ehrenzeichen in Bronze bedacht wurden. Beide Kollegen haben schon eine lange Mitgliedschaft im Zentralverband christlicher Bauarbeiter hinter sich; Kollege Fied ist seit dem 11. Juli 1900 dessen Mitglied, Kollege Henke fast genau solange, nämlich seit dem 12. Juli 1900. — Das neue Rathaus ist ein Monumentalbau mit einer wuchtigen, hochragenden Kuppel. Zehn Jahre haben die Bauleute benötigt, bis sie das riesige Gebäude vollendet. In der Majestät und Wucht der Formen bietet es so recht das Bild einer mächtvollen, eindrucksvollen Repräsentation, was ja auch der Hauptzweck des Gebäudes sein dürfte. Trotzdem kann gesagt werden, daß unsere Zeit wahrscheinlich eine andere architektonische Lösung gesucht haben würde. Man darf nämlich nicht übersehen, daß sich während der langen Bauzeit — seinen Entwürfen nach stammt das Werk bereits aus dem Jahre 1895 — die Anschauungen über Baukunst und Baustil einschneidend geändert haben. Die heutigen Baukünstler bevorzugen die mehr geradlinige und flächige Formgebung. Welch hervorragende schöne Wirkungen sich damit erzielen lassen, zeigen die Gebäude der Leipziger Bauausstellung. Die Architektur des neuen Hannoverschen Rathauses verwendet hauptsächlich Motive aus der Zeit der deutschen Renaissance.

Von einem Lederarbeiterstreik in Ahaus weih die sozialdemokratische Presse zu berichten, der Zentralverband christlicher Lederarbeiter habe diesen Streik abbrechen müssen, weil ein großer Teil seiner Mitglieder Streikbruch verübt und weil die christliche Organisation kein Geld gehabt hätte, den Kampf fortzuführen. Beide Behauptungen sind unrichtig. Während des zehnwöchigen Streiks ist kein einziger Mitglied des christlichen Lederarbeiterverbandes ungesessen, und der Zentralverband christlicher Lederarbeiter verfügt über ein Vermögen von über 100 000 M., so daß er aus finanziellen Rücksichten — der Streik in Ahaus erforderte wöchentlich 2500 M. — den Kampf noch lange hätte aushalten können. Der Streik mußte aber abgebrochen werden, weil die unmaßgebigen Arbeitgeber durch zahlreiche Streikbrecher aus dem sozialdemokratischen Lager unterkühlt wurden. Das ist die Wahrheit über den Streik in Ahaus.

Eine Textilarbeiterausperrung in Bocholt in Westfalen ist von der dortigen Vereinigung der Textilfabrikanten beschlossen worden. Von der Ausperrung werden etwa 680 Arbeiter und Arbeiterinnen in Bocholt und im benachbarten Nehe betroffen werden, wenn bis zum Ablauf der letzten Kündigungen am 28. Juni keine Verständigung erzielt wird. Der Grund dieses Konfliktes liegt darin, daß die christlich organisierten Weber bei der Firma Eschmann Copen u. Comp. eine Lohnerhöhung und die zehnwöchige Arbeitszeit forderten, und als diese Forderung abgelehnt wurde, die Kündigung einreichten. Sofort hat sich der Arbeitgeberverband der Angelegenheit bemächtigt und die Ausperrung verhängt mit der Begründung, daß die Löhne bei der genannten Firma „den Zeitverhältnissen entsprechend“ seien. Darüber sind die Arbeiter, und nicht nur diese allein, anderer Ansicht. Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter hat auf Grund einwandfreier Erhebungen festgestellt, daß von 90 Webern der Firma, worunter sich keine unter 18 Jahren befinden, der Durchschnittsverdienst 3,38, das sind 20,28 M. pro Woche, beträgt. Nach Abzug der Versicherungsbeiträge bleiben also keine 20 M. Wochenlohn mehr. Im letzten Bericht der k. Gewerbeinspektion für den Regierungsbezirk Münster wird konstatiert, daß von einer „beachtenswerten Lebenshaltung“ der Arbeiter nicht gesprochen werden könne. Angesichts dieser Tatsachen ist das Streben der Arbeiter nach einer Verbesserung ihrer Verhältnisse durchaus berechtigt, und die Unternehmer hätten ihrem Gewerbe und dem Wohlstand besser gedient, wenn sie den Arbeitern entgegengekommen wären, statt durch eine Massenauusperrung die Gegensätze zu verschärfen.

Der Zusammenbruch des Erfelder Färberstreiks. Wie von vornherein nicht anders zu erwarten stand, ist es gekommen: der vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverband mutwilligerweise durchgeführte Streik hat für diesen mit einer furchtbaren Niederlage geendet. Nach 17wöchiger Dauer wurde am 21. Juni der endgültige Abbruch des Kampfes und damit die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Die Arbeit muß also zu denselben Bedingungen aufgenommen werden, die die Arbeitgeber bereits vor 16 Wochen nach dreiwöchiger Dauer des Kampfes eingedämmt hatten. Der den Arbeitern durch den sinn- und nutzlosen Streik entstandene Schaden ist enorm. Allein die direkten Geldverluste betragen nach einer Berechnung der „Textilarbeiter-Zeitung“ über 200 000 M., davon 776 000 M. für Streik- und Ausperrungskosten, die nun völlig nutzlos ausgegeben sind. Ganz kommt noch, daß mehrere hundert Färber noch wochen- und monatelang arbeitslos bleiben werden, weil nicht gleich alle wieder eingestellt werden können. Ein großer Teil der Streikenden wird überhaupt nicht mehr in die Betriebe hineinkommen, weil infolge langwieriger Betriebsänderungen mehrere Färbereien an Arbeitskräften ungenügend betriebsfähig sind. Dieses, was früher handwerklich betrieben wurde, wird jetzt maschinell gemacht. So haben die bedrückten Färber ihr eigenes Handwerk

ruiniert. Der Erfelder Industrie ist unberechenbarer Schaden zugefügt worden. Das sind die Folgen der Taktik des sozialdemokratischen Verbandes.

Das Organ des christlichen Textilarbeiterverbandes, die „Textilarbeiter-Zeitung“, schreibt zu diesem Ausgang: „Noch selten sind Arbeiter derart hintergangen und in die Irre geführt worden, wie in diesem Falle. Dumpfe Verzweiflung, Mut und Empörung faßte die Färber, als ihnen von ihren Führern der Abbruch des Kampfes empfohlen wurde. Während der ganzen Dauer des Kampfes wurden sie über den wahren Stand der Dinge hinwegtäuscht. Noch in derselben Woche, in der der Kampf abgebrochen werden mußte, schrieb das Organ des sozialdemokratischen Verbandes, der Sieg würde auf Seiten der Färbereiarbeiter sein, ihre Sache stünde günstig, die Unternehmer seien „im Druck“, die Sympathiebewegungen der Färber in Basel, Como, Lyon und Wärmern würden die Färbereibesitzer zum Nachgeben zwingen. Während das die Färbereiarbeiter in ihrem Verbandsorgan lesen konnten, stellten sich die Führer in der Versammlung hin und mühten bekennen, daß keinerlei Aussicht mehr für eine erfolgreiche Beendigung des Kampfes vorhanden sei.“

Das ist ein Schulbeispiel dafür, mit welcher Unehrlichkeit und Gewissenlosigkeit in manchen sozialdemokratischen Berufsverbänden Bewegungen gemacht werden.

Dieses Ende des Kampfes bedeutet eine glänzende Rechtfertigung der Taktik des christlichen Textilarbeiterverbandes. Nach dreiwöchiger Dauer des Kampfes hatten die Färbereiarbeiter ein annehmbares Angebot der Arbeitgeber, das einen Abschluß der Bewegung in Ehren ermöglichte. Der christliche Textilarbeiterverband empfahl den Abbruch, weil durch die Fortführung des Kampfes ein weiterer Erfolg nicht mehr zu erzielen sei. Der sozialdemokratische Verband aber hielt den Streik durch, aus Furcht vor dem Radikalismus seiner Mitglieder und um den christlichen Textilarbeiterverband schwach zu setzen. Und nun dieses Ende. Hier bewahrheitet sich das Sprichwort: Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.“

Übrigens hat die sozialdemokratische Presse durch ihr Verhalten während des Kampfes dessen Verschleiertheit selbst zugegeben. Während sie sich sonst keine Gelegenheit entgehen läßt, die sich nur irgendwie zur Hilfe gegen die christlichen Gewerkschaften vernehmen läßt, ist es diesmal im roten Blätterwald merkwürdig still geblieben. Außer einigen recht zahm gehaltenen kurzen Notizen, die zudem ihre Herkunft aus dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverband deutlich verraten, hat sie nichts weiter von dem Kampf berichtet. Und auch jetzt nach dem Kampfabbruch beobachtet sie dieselbe große Zurückhaltung, die man sonst so gar nicht von ihr gewohnt ist. Sie läßt sich nur daraus erklären, daß die rote Presse die Unhaltbarkeit der Position des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes von Anfang klar erkannt hat.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperri sind: **Mülheim-Ruhr** (Sperrung über die Firma Aurb und Hoffmann wegen Nichtinhaltung des Tarifs), **Selbstischen (Hiesener)** (Sperrung über die Firma Hünnebeck & Co.), **Stilgung, Eifel** (Sperrung über die Firmen Garson jr. und sen. wegen Maßregelung), **Söbenbüren** (Sperrung über den Baumunternehmer Buhmann wegen Nichtinhaltung des Tarifvertrages), **Süßdorf** (Weber die Firma Hänter ist für Zimmerer die Sperrung verhängt), **desgleichen** (Sperrung über die Firmen Peters, Köhler und Sander in Urdenbach wegen Nichtzahlung der erhöhten tariflichen Lohnsätze), **Groß- und Klein-Erlingen** (Streik der Maurer, Zimmerer, Gipser und Bauhilfsarbeiter), **Hamm i. W.** (Sperrung über das Studgeschäft Heinrich Häfeler wegen Nichtanerkennung des Tarifs), **Wetzlar**, **Soden** (allgemeiner Streik sämtlicher Bauarbeiter), **Wiesbaden** (Streik der Maurer u. Bauhilfsarbeiter), **Münster i. W.** (Streik der Schlichter), **Sachsenberg** (Maurer und Hilfsarbeiter, Sperrung über die Firma Heinrich Bullmann), **Pippingspringe** (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter), **Pöhlchen S.-Schl.** (Sperrung über alle hiesigen Baugeschäfte mit Ausnahme der Firma Schmidt. Die Unternehmer weigern sich, den Schiedspruch anzuerkennen), **R.-Seyrum** (Sperrung über die Firma Buhmann wegen Nichtzahlung des Tariflohnes), **Gesperri bei Herlahn** (Streik d. M. u. B. wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages), **Sendenhorst** (Streik der Schlichter), **Reinhardt (Schwarzwalde)** (Streik der Zimmerer), **Stiele** (Sperrung über die Firma Fr. Huch wegen Nichtinhaltung des Tarifvertrages und Maßregelung), **Udenberg** (Sperrung über das Baugeschäft Kroth & Ling), **Waldenberg, S.-Schl.** (Sperrung wegen Nichtanerkennung des Schiedspruchs), **Wetzlar und Wehr** (Streik zwecks Abschluß eines Tarifvertrages), **Eifel a. d. Ruhr** (Streik der Schlichter), **Helligen-berg (Gießfeld)** (Sperrung über die Firmen Gerwig vor hier und Jung aus Gießen wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages), **Prempen** (Sperrung über die Firma Scholand & Comp. wegen Vertragsdifferenzen.) Bislang ist ferngefallen.

Stiller Dresden. **Münsterberg i. Schl.** Lange sollen es als wollen die hiesigen Bauarbeiter gar nicht aus ihrer gewerkschaftlichen Interessenslosigkeit aufwachen. Mit der einzigen pflichterfülligen Gewerkschaftler mit unermüdlichem Fleiß daranzugehen, dem Gewerkschaftsverband auch in weiteren Distanzen Hilfe zu leisten, wollten sie hierin eine Wandlung. Der Lohn für die Arbeiter dieses Gebietes sollte nicht ausbleiben. Durch den Zusammenbruch des Abbruchs im Zentralverband christlicher Bauarbeiter war es möglich, für Münsterberg einen Tarifvertrag abzuschließen, der für die hiesigen Bauarbeiter ein recht günstiges Ergebnis bedeutete. Der Lohn aber nicht mit der verhängnisvollen Regelung der Arbeitsverhältnisse abfinden konnte, war der Zimmermeister K. Barth. Dieser hielt es anfangs für unerträglich, daß es mit dem gemeinsamen und höchsten Personalrat standpunkt nun

metern werden mit 2 Pf. Zuschlag bezahlt. In dem Lohngebiet, welches in Meiseritz festgelegt ist, wird der Lohn nach dem zu schaffenden Meiseritzer Tarif bezahlt. Wenn der Tarif in Meiseritz abgeschlossen ist, wird auch dann in Vetsche für die Jahre 1914 und 1915 der Lohn um 2 Pf. tiefer als derselbe in Meiseritz gezahlt werden muß, tariflich festgelegt. Im vorigen Jahre wurden 55 Pf. Stundenlohn gezahlt. Wenn jetzt in der Stadt 38 Pf. und über Land 40 Pf. gezahlt werden müssen, so sind das 3-5 Pf. Lohnerhöhung. Das war aber auch nur dadurch möglich, daß binnen drei Wochen sich die Kollegen zu 70 Mitglieder stark im Zentralverband christlicher Bauarbeiter organisiert haben.

In Meiseritz und Vetsche sind am Montag, den 23. Juni, die Kollegen in den Streit getreten. Alle Versuche, um auf friedlichem Wege einen Tarifvertrag zustande zu bringen, scheiterten an dem hartnäckig ablehnenden Standpunkt der Unternehmer. In einem Schreiben an die Organisationen lehnten sie jede Verhandlung strikte ab. Sie glauben, ohne Tarif mit ihren Reuten auch fernher ganz gut auskommen zu können. Die fast einmütige erfolgte Arbeitsniederlegung der Bauarbeiter dürfte indes ihren Sinn bald ändern.

Bezirk Bochum. Stukkateure.

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiete befinden sich unsere Stukkateure schon seit April in Tarifbewegungen. Verhandlungen mit den Arbeitgebern des Stukkateurgewerbes fanden am 15. April und am 27. und 29. Mai d. J. statt, die aber nicht zum Ziele führten. In der ersten Verhandlung wurde zunächst der Geltungsbereich des zu schaffenden Vertrages festgelegt und dann über die Forderung der Gehilfen, die Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden zu kürzen, beraten. Die Arbeitgeber erklärten, mit einer Arbeitszeitverkürzung nicht gerechnet zu haben, daher habe eine Stellungnahme ihres Verbandes zu dieser Frage nicht stattfinden können.

Zum Schluß erklärten sie, sie wollten diese Forderung ihrer Generalversammlung unterbreiten, die Annahme könnte sie aber dieser nicht empfehlen. Einer Lohnerhöhung stimmten die Arbeitgeber zu, und wollten sie die Annahme einer solchen ihrer Generalversammlung empfehlen.

Am 27. Mai wurde der ganze Tarif durchberaten und stellten wir unsere Abänderungsanträge sowie unsere Lohnforderung und begründeten diese eingehend. Leider blieben fast alle Punkte strittig. Betreffs der Arbeitszeitverkürzung nahmen die Unternehmer eine ablehnende Haltung ein.

Am 29. Mai gabert die Arbeitgeber gleich nach Eröffnung der Verhandlung folgende Erklärungen ab:

„Unter den Bedingungen, daß für die nächste dreijährige Vertragsperiode eine Arbeitszeitverkürzung nicht gefordert wird, und daß im übrigen der Ruhtarif außer dem durch die Aenderung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung bedingten stimmungsmäßigen reaktionellen Aenderungen bestehen bleibt, sind die Arbeitgeber des Ruhrbezirks gewillt, ab 1. April 1915, also für das letzte Jahr der Vertragsperiode, eine Verkürzung der Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden eintreten zu lassen mit Beginn der Arbeitszeit anstatt 6 1/2 Uhr um 7 Uhr morgens und Schluß unter Wegfall der Vesperpause auf 6 Uhr abends, und machen folgendes Lohnangebot:

Nach Tarifabschluß erhalten die Gehilfen, Werkstatstukkateure und Fuher auf die Stundenlöhne 1 Pf. Zulage, ab 1. April 1914 1 Pf. Zulage und ab 1. April 1915 gleich 3 Pf. Zulage, also insgesamt, einschließlich Lohnausgleich, 1 Pf. + 1 Pf. + 3 Pf., zusammen 5 Pf. — Ferner wird für Gesellen im ersten und zweiten Jahre nach beendeter Lehrzeit 5 Pf. Lohnerhöhung geboten. Diese Sätze würden sich also von 45 Pf. auf 50 Pf. und von 55 Pf. auf 60 Pf. erhöhen. Der der Arbeitszeitabelle folgende Absatz 1 wird mit Wirkung ab 1. April 1915 gestrichen und dafür hinzugefügt: „Samstags ist eine Stunde früher Feierabend“, diese Stunden werden nicht bezahlt. Für die Bauhilfsarbeiter gilt der Vertrag des übrigen Baugewerbes; auch für das Stuckgewerbe ohne jede Aenderung.“

Mit diesem Angebot erklärten wir uns nicht einverstanden und forderten nach längerer Debatte und stattgefundener Einzelberatung für jedes Jahr einen weiteren Pfennig Zulage, also anstatt 1 + 1 + 3 Pf. gleich 2 + 2 + 4 Pf.

In einer auf Wunsch inzwischen stattgefundenen engeren Kommissionsberatung wurde uns bekanntgegeben, daß es schwerhalten werde, den gleich nach Tarifabschluß zu zahlenden zweiten Pfennig durchzubringen, und daß für die letzten beiden Jahre auf eine weitere Erhöhung der Stundenlöhne um je 1 Pf. keinesfalls zu rechnen sei; nach sei an eine Arbeitszeitverkürzung für mehr als für das letzte Jahr nicht zu denken.

Nach Wiederbeginn der Verhandlungen erklärten sich die Arbeitgebervertreter bereit, die Forderung der Gehilfen, nach Tarifabschluß anstatt 1 Pf. gleich 3 Pf. Zulage zu zahlen, also anstatt 1 + 1 + 3 Pf. zusammen 5 Pf., gleich 2 + 1 + 3 Pf., zusammen 6 Pf., unter Aufrechterhaltung aller gestellten Bedingungen, vorbehaltlich Genehmigung ihrer Bezirksversammlung anzuerkennen und lehnaten alle weitergehenden Anträge der Gehilfenvertreter ab.

Daraufhin forderten wir nochmals für das zweite und dritte Jahr den weiteren Pfennig Erhöhung des Stundenlohnes, also 2 + 2 + 4 Pf. Die Arbeitgebervertreter erklärten, diese Forderung nicht bewilligen zu können. Daraufhin reduzierten wir unsere Forderung nochmals, und zwar um einen weiteren Pfennig für das

letzte Jahr auf Lohnausgleich; wir forderten also gleich 2 + 1 + 4 Pf.

Darauf gogen sich zur Einzelberatung die Arbeitgebervertreter zurück und gaben nachher bekannt, daß eine Einigung über diese letztere Forderung der Gehilfenvertreter, für das letzte Jahr 4 Pf. zu bewilligen, nicht zu erzielen und auch mit dem Lohnausgleich nicht zu begründen sei. Diese Entscheidung sei von den Arbeitgeber-Ortsvereinen zu treffen und müsse der am 5. Juni 1913 stattfindenden Arbeitgeberversammlung zur Beschlussfassung unterbreitet werden. Sie bemerkten aber, daß sie für die Annahme unserer reduzierten Forderung eintreten wollen.

Zum Schluß wurde vereinbart, daß am 2. Juni eine engere Kommission in Düsseldorf zusammentreten solle, um den Entwurf des Ruhrbezirkstarifs fertigzustellen.

In dieser Kommissionsführung legten unsere beiden Vertreter auch den von uns neuausgearbeiteten Afordtarif vor und ersuchten, über diesen verhandeln zu wollen. Hierauf erklärten die Arbeitgebervertreter, daß sie ihr Angebot nur unter der Bedingung gemacht hätten, daß wir, außer dem Lohn und der Arbeitszeit, mit allen bisherigen Bestimmungen des Tarifvertrages einverstanden seien. Unsere Vertreter erklärten daraufhin, daß sie darauf bestehen müßten, daß eine wesentliche Erhöhung der Afordpreise sowie Erhöhung der Auslösung bei auswärtigen Arbeiten erfolge. Die Arbeitgeber-Bezirksversammlung, die am 5. Juni in Essen stattfand, lehnate unsere Forderung bezüglich Erhöhung der Afordpreise sowie der Zulagen bei auswärtigen Arbeiten ab, beauftragte aber ihre Kommissionsmitglieder, erneut mit den Gehilfenvertretern zu verhandeln und den Ruhrbezirkstarifentwurf fertigzustellen bzw. abzuschließen. Am 12. Juni fand wieder eine Verhandlung mit den Arbeitgebervertretern statt, die damit ihren Abschluß fand, daß die Arbeitgebervertreter erklärten, unsere letzte reduzierte Forderung ihrer Generalversammlung, die am 17. Juni stattfinden sollte, zur Beschlussfassung vorzulegen.

Letztere faßte nachfolgenden Beschluß, der am 22. Juni zugestellt wurde:

Zu den von den Gehilfenvertretern geforderten neuen Afordfähen und Bedingungen erklären die Arbeitgeber, daß sie lediglich das am 29. Mai 1913 gemachte Angebot bezüglich Lohn, Afordfähen, Arbeitszeitverkürzung und Bedingungen aufrechtzuerhalten.

Die nachgeforderten Afordpreis-Erhöhungen, die neuen Afordpositionen und erweiterten Bedingungen bezeichnet die Versammlung als unannehmbar und lehnt dieselben ab.

Essen, den 17. Juni 1913.

gez. Granberath. gez. Bink.

Danach wollen die Unternehmer wohl eine Lohnerhöhung von 6 Pf. (2 + 1 + 3 Pf.) zahlen und im Jahre 1915 die Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden reduzieren, alle übrigen Bestimmungen des Vertrages aber, also auch die teilweise sehr niedrigen Afordpreise, sollten bestehen bleiben.

Am 22. Juni nahm eine gemeinschaftliche Konferenz der Stukkateure des Ruhrbezirks zu dem ablehnenden Beschluß der Unternehmer Stellung. In dieser wurde nach sehr eingehender Diskussion folgende Resolution einstimmig angenommen und darauf der Zeitung des Rhein.-Westf. Stuckgewerbe-Verbandes zugelandt:

„Die Konferenz der Stukkateure des Ruhrbezirks, die am Sonntag, den 22. Juni, in Bochum über das Angebot der Unternehmerorganisation zu entscheiden hatte, erklärt einstimmig, das Angebot der Unternehmer, wonach eine Lohnerhöhung von 2 + 1 + 3 Pf. mit einer halbjährigen Verkürzung der Arbeitszeit im letzten Vertragsjahr nur dann eintreten soll, wenn die anderen Positionen des bisherigen Tarifs bestehen bleiben, wird abgelehnt.“

Die Konferenz betrachtet damit die Verhandlungen zur friedlichen Beilegung der Tarifbewegung als gescheitert und überläßt die Einleitung der weiteren erforderlichen Schritte den maßgebenden Instanzen der Organisationen. In Rücksicht darauf, daß die Heraussetzung der ursprünglichen Forderung der Gehilfenorganisationen nur in der Erwartung einer friedlichen Beilegung der Bewegung erfolgt, erklärt die Konferenz, daß die späteren Verhandlungen nur unter Zugrundelegung der alten Forderung erfolgen sollen.“

Am 23. Juni beschästigte sich in Essen eine gemeinschaftliche Vorstandssitzung der Stukkateure mit dem ablehnenden Beschluß der Unternehmer und vereinbarte, den am selbigen Tage stattfindenden Mitgliederversammlungen beider Organisationen zu empfehlen, daß am 24. Juni die Lohnkommission bei den Unternehmern in Essen-Stadt und Land vorstellig werden solle, um die Annahme unserer Forderung zu empfehlen und, falls die Unternehmer unsere Forderung ablehnen würden, am Abend desselben Tages in den Streit zu treten. Die Mitgliederversammlungen beider Organisationen nahmen den Vorschlag der Vorstandssitzung fast einstimmig an.

Unsere Forderung wurde schon am 24. Juni von acht Unternehmern, die zusammen 88 Gehilfen beschäftigten, anerkannt bei den übrigen wurde die Arbeit geschlossen niedergelegt. Am 25. Juni bewilligte eine weitere Firma unsere Forderung. Öffentlich werden auch die übrigen Firmen unsere berechtigte Forderung recht bald anerkennen, damit der Friede im Stuckgewerbe wieder hergestellt wird.

Wir ersuchen, den Zugang der Stukkateure nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiete fernzuhalten.

Jahresbericht des Bezirks München.

Schon eine geraume Weile ist vertrieben, seitdem das Jahr 1912 den Weg alles Vergänglichem gegangen ist. Wenn wir noch einen kurzen Blick darauf zurückwerfen, dann um zu prüfen, ob es auch gebracht, was wir von ihm erhofften und vorausagten, und ob wir alles getan, was die uns anvertraute Sache im vergangenen Jahre uns an Pflichten auferlegte.

Das deutsche Wirtschaftsleben stand im Berichtsjahre, in seiner Gesamtheit betrachtet, im Zeichen einer guten, teilweise sogar der Hochkonjunktur. Leider aber hatte das Baugewerbe an dem guten Geschäftsgang keinen Teil. Dasselbe war im Bezirk München allgemein recht mangelhaft mit Aufträgen bedacht, so daß die Bau-tätigkeit, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, um vieles schlechter war als in den Vorjahren.

Die Ursachen dieser leidigen Tatsache sind ja allgemein bekannt: Erschöpfung der Geldbeschaffung für zu erfüllende Bauobjekte, wo die Sicherung der Baugelder zu einem erheblichen Teil lediglich auf dem Bauwert selbst lastet, die stark verminderten Bauaufträge aus landwirtschaftlichen Kreisen infolge der vielerorts ungenügenden Erträge der landwirtschaftlichen Produktion in den beiden letzten Jahren. In einzelnen Orten gefestigt sich hierzu allzu bürokratische Handhabung der haupolizeilichen Bestimmungen und Erschöpfung der Maßnahmen zur Erschließung baureifen Geländes.

In München hat im Berichtsjahre die flotte Bautätigkeit von 1911 eine jähe Sturzstelle durchgemacht, für die anfangs 1912 gegenteilige Anzeichen vorhanden waren. Nach den Berichten der Königl. Sozialbaukommission sind 1912 594 Wohnungsneubauten (davon sind 420 Vorder- und 174 Rückgebäude) und 34 gewerbliche Baualanlagen im Hochbau erstellt worden; dazu kommen noch 846 Umbauten. Zum Wohnen bezugsfähige Neubauten sind 750 (1911: 844) mit 5590 (1911: 5624) Wohnungen ermittelt worden. Von diesen sind 204 (1911: 293) Kleinhäuser mit nur je einer Wohnung.

Der Arbeitsmarkt im Münchener Baugewerbe war, wie aus Vorstehendem zu entnehmen ist, in den ersten Monaten der Baujaison 1912 noch ein ziemlich guter; in den Monaten Mai und Juni hat die Nachfrage nach Arbeitern des engeren Baugewerbes merklich nachgelassen und ging von Woche zu Woche rapide zurück. Nach den Berichten der Ortskrankenkasse München betrug bei der Gruppe: Baugewerbe die Zahl der männlichen Versicherten Ende Juni 1912 19514 gegen 23777 Ende Juni 1911; ein Weniger von 4263. Ende September 1912 betragen dieselben 16888 und Ende Dezember 1912: 11507 (1911: 16536). Im zweiten Halbjahr 1912 ist sonach eine Minderung der männlichen Versicherten von 8007 oder 41 Prozent eingetreten. Diese zahlenmäßigen Gegenüberstellungen bezeugen deutlich als viel Worte den ungeheuren Rückschlag im Münchener Baugewerbe und die dadurch bedingte große Arbeitslosigkeit, der große Not Tausender Bauarbeiter auf den Fernen folgte.

Die starken Schwankungen im Münchener Baugewerbe während des letzten Jahrzehnts werden zu einem erheblichen Teil von den Winkelsügen der Baukonjunktur verursacht. Nach einer Darstellung des Geschäftsjahres der Münchener Bauinnung sind in München in den letzten 20 Jahren bei Zwangsversteigerungen von Neubauten und unfertigen Gebäuden ca. 100 Millionen Mark verloren worden. In den letzten Jahren sollen bei Münchener Bauhandwerker (Zimmer-, Schreiner-, Schlosser-, Installations- usw. Geschäfte) bei den Konjunkturschwüngen der Baukonjunktur durchschnittlich 6 Millionen Mark alljährlich eingebüßt haben.

Eine größere Stetigkeit der Bautätigkeit in München anfangt dem schnellen Auf und Ab der Baukonjunktur, die bei jedem oft rasch auseinander folgenden Sturz viele Existenzen mit in die Tiefe reißt und oftmals großen Notstand über diese bringt, kann, abgesehen von politischen und wirtschaftlichen Einflüssen, nur bewirkt werden durch Einführung scharfer gesetzgeberischer Maßnahmen mit zwingendem Charakter. Eine wichtige Neuerung ist im Berichtsjahre für das Münchener Baugewerbe eingeführt worden, die Maßspflicht jeglichen Baubeginne, die allwöchentlich in den Tageszeitungen veröffentlicht werden.

Das Baugewerbe in Augsburg hat im ersten Halbjahr reichliche Arbeitsgelegenheit. Ende September trat das Gegenteil ein; der Bauarbeitsmarkt verschlechterte sich von Woche zu Woche. Nach den Berichten der Augsburger Ortskrankenkasse: Baugewerbe I betrug die Zahl der männlichen Pflichtversicherten im Jahre 1912: 1. April: 3677, 1. Juli: 4385, 1. Oktober: 4354, 1. November: 3801 (1911: 3860), 1. Dezember: 2609 (1911: 3719), 1. Januar 1913: 2069 (1912: 3165). Es macht sich indes jetzt bereits ein Wohnungsmangel bemerkbar, so daß, besonders unter Zuzurechnung der geplanten öffentlichen und industriellen Baualanlagen, die demnächst zur Ausführung gelangen sollen, für die nächste Zeit eine immerhin gute Baukonjunktur erwartet werden kann.

Regensburg hatte im Berichtsjahre eine äußerst mäßige Bautätigkeit. Der sich von Monat zu Monat verschlechternde Beschäftigungsgrad kommt auch in den Ziffern der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Regensburg zum Ausdruck. Nach denselben waren im Dezember 1912 4 bis 500 Maurer weniger beschäftigt wie im Vorjahr.

In Ingolstadt war der Geschäftsgang im Baugewerbe während zwei Drittel des Jahres recht klar. Erst Ende des Jahres ist durch den Beginn von Kaminen- und Eisenbahnbauten die Arbeitsgelegenheit eine bessere geworden.

Rosenheim hatte gegenüber dem Vorjahr eine etwas schlechtere, aber keineswegs gute Bautätigkeit. In Rempten (und auch im übrigen Allgäu) werden sehr viele italienische Bauarbeiter beschäftigt, die nicht den

einheimischen Mauren vorgezogen werden. Dieser Umstand hat bewirkt, daß trotz der mittleren Baukonjunktur die Arbeitsgelegenheit für die heimischen Bauarbeiter zu wünschigen übrig blieb.

Das Baugewerbe Dillingen hat gegenüber den Vorjahren bedeutend weniger Arbeiter beschäftigt.

Saubert, Kaufbeuren, Kain, Schleißheim, Bad Nibling, Braunsberg und Freising hatten eine mittlere, teilweise auch schwache Bauaktivität.

Im Starzberger Vertragsgebiet war die Bauaktivität in Starzberg kurze Zeit ziemlich gut, während der übrigen Zeit schwach; in Selbading und Taping war dieselbe durchgehend gut.

Memmingen, Donauwörth, Burghausen, Altötting, Trauburg a. S. und Bilsbiburg hatten ziemlich schwache, während sogar recht schlechte Baukonjunktur.

Die für einige Orte geplanten und durchaus notwendigen Lohnbewegungen mußten mangels guter Bauaktivität unterbleiben, so daß 1912 ein Lohnbewegungsstilles Jahr für den Bezirk München war. Nicht so bei dem Kapitalbesitzer.

In Kempten bedurfte es am 1. April, genau wie in den Vorjahren, bei dem Baugeschäft Mittel mehrfacher Aktionen zur Durchführung der im Tarifvertrag vorgesehenen Lohnsteigerungen.

In Passau kam es wegen der nichttariflichen Entlohnung mehrerer Bauhilfsarbeiter wiederholt zu Auseinandersetzungen mit einigen Arbeitgebern, die dieserhalb vor Abregelung derjenigen Kollegen, die ihr Recht forderten, nicht Halt machten.

Die hierauf angerufenen örtlichen Schlichtungsinstanzen haben sich erst nach einer Entscheidung des Zentralarbitragegerichts zu tagen bequemt.

Insbesondere waren wiederholt persönliche Vorstellungen des Bezirksleiters und der örtlichen Vorstandschaft bei den Unternehmern notwendig, um dieselben zur tariflichen Lohnzahlung zu veranlassen.

Wiederholt entstanden Differenzen wegen Terrorismus, der von sozialdemokratischen Kulturmenschen ausging. In München haben in vier Fällen rote Zimmerlinge es fertig gebracht, daß Kollegen unseres Verbandes wegen ihrer Verbandszugehörigkeit entlassen werden mußten.

Anarchosozialisten und Indifferente, die auf einer Baustelle neben unseren Kollegen beschäftigt waren, ließen die Genossen ruhig weiterarbeiten. In einem Falle wissen wir bestimmt, daß der Sozialbeamte Engländer vom sozialdemokratischen Zimmererverband Kenntnis von dem Verlangen seiner Kameraden hatte, wonach sie an den Zimmermeister E. die Aufforderung richteten, entweder gehen wir (die roten Zimmerer), oder es muß der Christliche gehen; dagegen hat E. nichts getan und damit hilfsweise seine Zustimmung zu den roten Gewerkschaften und dem Tarifstreik gegeben.

Bei einigen besonders krassen Fällen haben wir die Schlichtungsinstanzen angerufen, deren Lösung zur Befriedigung dieser anständig gemachten Fälle von den Genossenschaftlern, als Obmann der Schlichtungskommission, unter den wichtigsten Vorwänden monatlang verschleppt wurde.

Während dieses nicht mehr länger dauerte, welche der bereits erwähnte Genosse Engländer, in seinen eigenen Reihen als ein „großer Streiker“ bekannt, in einem Falle herausgefunden haben, daß unser Kollege entlassen wurde, nicht weil er christlich organisiert, sondern weil er Holz geschnitten habe.

Wäre dem so gewesen, dann hätten die sozialdemokratischen Obmannen jedenfalls nicht die Taktik der Ermüdung des Gegners gewählt, sondern hätten sofort die Gelegenheit wahrgenommen und mit Hilfe der Schlichtungsinstanzen ein „christliches Terrorismuskonzept“ festgestellt, welches in der gesamten sozialdemokratischen Presse Verbreitung gefunden hätte.

Dem stand aber die unabweisende Erklärung des Politikers E. entgegen, die unsere Festhaltung bestätigte, und so sind die roten Arbeiter des Bauwesens für schuldig erklärt worden. Die anwesenden Genossenschaftler protestierten wohl gegen diesen Schlichtungsspruch, belächelten es aber bald.

In Augsburg sind außer einigen Differenzen infolge Vertragsverletzungen seitens einzelner Unternehmer ebenfalls mehrere sozialdemokratische Terrorismuskonzepte vorgekommen. In einem Falle war sogar ein Kollege dabei, der unmittelbar zuvor in seinem Heimatort von den Unternehmern wegen seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit entlassen worden war.

Einige der sozialdemokratischen verteilungswütigen Esharditen sind von den Augsburger Genossen mit mehrfachen Verhaftungen geahndet worden. Außerdem liegen von Kempten, Kaufbeuren und einigen anderen Orten ebenfalls sozialdemokratische Terrorismuskonzepte vor, die den gefährlichen wenig nachsehen.

Die wichtigste Mittels-Gesellschaft bezieht sich auf einen, dem man konstatiert hat, daß für 1912 im Bezirk München die Hauptvertragsunterstützungen, deren Ursache sozialdemokratischer Terror war, einen recht hohen Betrag notwendig machte, es für die Hauptvertragsfälle, die in Hauptverträgen der Unternehmern vorkommen. Bei den Kapital sozialdemokratischer Terrorismus, das eine der tragischen in der Geschichte der heimischen Gewerkschaftsbewegung ist, bemerkt man sich, daß diejenigen, die an solchen wegen der Unwissenheit Ignoranz, die großen Schaden sind.

Der allgemeine Grund für die obenstehende Arbeitslosigkeit im heimischen Baugewerbe brachte vielen Bauarbeitern eine fast verhängnisvolle Arbeitslosigkeit und damit ein miserables Existenzniveau, das in vielen Fällen im Jahre 1912 teilweise eingetretene Erschöpfung des Organismus von 2 bis 1 Pf. pro Stunde. In vielen Fällen wurde die allgemeine Lage durch die allgemeine Lage der Bauwirtschaft verschlimmert.

Insbesondere ist die allgemeine Lage der Bauwirtschaft durch die allgemeine Lage der Bauwirtschaft verschlimmert. In vielen Fällen wurde die allgemeine Lage durch die allgemeine Lage der Bauwirtschaft verschlimmert.

Insbesondere ist die allgemeine Lage der Bauwirtschaft durch die allgemeine Lage der Bauwirtschaft verschlimmert. In vielen Fällen wurde die allgemeine Lage durch die allgemeine Lage der Bauwirtschaft verschlimmert.

Insbesondere ist die allgemeine Lage der Bauwirtschaft durch die allgemeine Lage der Bauwirtschaft verschlimmert. In vielen Fällen wurde die allgemeine Lage durch die allgemeine Lage der Bauwirtschaft verschlimmert.

Insbesondere ist die allgemeine Lage der Bauwirtschaft durch die allgemeine Lage der Bauwirtschaft verschlimmert. In vielen Fällen wurde die allgemeine Lage durch die allgemeine Lage der Bauwirtschaft verschlimmert.

Insbesondere ist die allgemeine Lage der Bauwirtschaft durch die allgemeine Lage der Bauwirtschaft verschlimmert. In vielen Fällen wurde die allgemeine Lage durch die allgemeine Lage der Bauwirtschaft verschlimmert.

Insbesondere ist die allgemeine Lage der Bauwirtschaft durch die allgemeine Lage der Bauwirtschaft verschlimmert. In vielen Fällen wurde die allgemeine Lage durch die allgemeine Lage der Bauwirtschaft verschlimmert.

Insbesondere ist die allgemeine Lage der Bauwirtschaft durch die allgemeine Lage der Bauwirtschaft verschlimmert. In vielen Fällen wurde die allgemeine Lage durch die allgemeine Lage der Bauwirtschaft verschlimmert.

Insbesondere ist die allgemeine Lage der Bauwirtschaft durch die allgemeine Lage der Bauwirtschaft verschlimmert. In vielen Fällen wurde die allgemeine Lage durch die allgemeine Lage der Bauwirtschaft verschlimmert.

hande verloren. Neugründungen konnten wegen der bereits geschäftlichen Marktlage im Baugewerbe auch nicht viel vorgenommen werden. Das Gesamtresultat ist statt Mitgliederzunahme, wie wir am Jahresanfang erhofften, ein Mitgliederrückgang. Der Mitgliederstand betrug im Jahresdurchschnitt im 1912: 1242 gegen 1356 im 1911.

Neuaufnahmen und Austritte sind 1912 657 (1911 1313) gemacht worden, denen 795 (1911: 1104) Austritte gegenüberstehen.

Die Beitragsmarken sind verkauft: 138 Stück zu 35 Pf., 685 Stück zu 40 Pf., 1012 Stück zu 45 Pf., 6169 Stück zu 50 Pf., 1459 Stück zu 55 Pf., 6507 Stück zu 60 Pf., 11098 Stück zu 65 Pf., 2926 Stück zu 70 Pf., 6779 Stück zu 75 Pf., 203 Stück zu 80 Pf. und 3611 Stück zu 85 Pf.

Arbeitslosenmarken wurden 2779 Stück verkauft. Die Einnahmen aus den wöchentlichen Beiträgen betragen 27068,10 M gegen 26241,80 M im Jahre 1911.

Der Bauarbeiterjahrgang hat im Berichtsjahre infolge Entschuldigungen zweier Staatsministerien eine problematische Weiterbildung erfahren; praktisch ist an demselben leider kaum eine Veränderung eingetreten.

Die Kgl. Lokalkaufkommission München hat eine Bauunfallstatistik herausgegeben, wonach im Jahre 1912 2418 Bauunfälle in München sich ereigneten; von diesen sind 12 tödlich verlaufen. Davon sind 3 bei einer Witwa auf 3 verheirateten Baustellen vorgekommen.

In Augsburg sind bei der Polizeibehörde 320 Unfälle im Hochbau zur Anmeldung gekommen.

Aus den Jahresberichten der Kgl. Bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten ist zu entnehmen, daß in den Regierungsbezirken Oberbayern, Niederbayern und Schwaben in der Gewerbegruppe Baugewerbe im Jahre 1912 3986 Betriebsunfälle vorgekommen sind. Von diesen waren 18 tödlich, 97 schwere und 3576 leichte Verletzungen, bei 295 waren dieselben unbekannt.

Diese Zahlen enthalten jedoch kaum die gesamten Bauunfälle, da die Unfallmeldungen bei den einzelnen Gewerbeinspektionen immer noch recht unvollständig eintreffen; auch sind dieselben nicht ohne weiteres mit denen der bayerischen Bauernberufsgenossenschaft zu vergleichen, weil deren Versicherungsstellen sich nicht mit den Arbeitern jener Gewerbearten deckt, die nach amtlichen Anweisungen zu der Gewerbegruppe Baugewerbe gehören.

Die vorgebrachten Zahlen aber sind ein deutlicher Beweis dafür, wie viel noch für uns zu tun übrig bleibt, um das zu erreichen, was unsere Bauarbeiterkonferenz, die im Oktober 1911 tagte, zur Verbeiführung eines guten, lückenlosen Bauarbeiter-schutzes für notwendig erachtet hat.

Von dem Bezirksleiter sind 68 Mitgliederversammlungen, 37 Vorstands- und Vertrauensmännerberatungen und 8 Parteiverhandlungen abgehalten worden. Außerdem nahm derselbe teil an 16 Parteiverhandlungen, 4 Versammlungen in anderen Berufen und an 60 sonstigen Sitzungen und Versammlungen. Kassenrevisionen, die meist mit der Anfertigung der Quartalsabrechnungen verbunden waren, wurden 40 vorgenommen. 10 Untersuchungen wegen Lohnunterschieden waren notwendig. Die Lohn- und sonstigen Differenzen beantragten 19 Sitzungen. Versuche zweier Neugründungen wurden 17 vorgenommen. In 6 Orten fanden wir Eingang mit unserem Verbands, in 3 Orten ist derselbe erfolgreich.

Die Auflösung des bayerischen Landtages am 14. November 1911, der erst im Februar 1912 wieder zusammentrat, machte eine teilweise Neubearbeitung unserer Bauarbeiterjahr-Taktik wegen der Anfang 1912 erschienenen amtlichen Unfallergebnisse vom Jahre 1910 notwendig.

Außerdem hielt es die Redaktionskommission, welche die bereits angelegte Bauarbeiterkonferenz einsetzte, der auch der Unterzeichner angehörte, für zweckmäßig, das Material in der Zeitschrift: „Bauarbeiter-schutz, Bauunfälle und Bauunfälle in Bayern“ zu vervollständigen. Beide Arbeiten haben dem Bezirksleiter weit mehr Arbeit verursacht, als man ursprünglich annahm.

Gerühmter Dank sei allen Kollegen, die im abgelaufenen Jahre im Dienste unseres Verbandes gearbeitet und dadurch zur Erweiterung und Vertiefung unserer gewerkschaftlichen Ideen beigetragen haben. Ein arbeitsreiches Jahr liegt wiederum hinter uns. Dasselbe war in Bezug auf die Mitgliederbewegung nicht von Erfolg gekrönt, auch auf anderen Gebieten ließ es zu wünschen übrig. Aber alles in allem genommen, war der Gewinn doch weiter größer als der Verlust. Das Jahr 1913 wird uns vermehrte Verbandsarbeit bringen. Wir wollen sie fröhlich und selbstlos auf uns nehmen mit dem festen Vorsatz: Das Jahr 1913 muß unseren Verband in München wieder ein Stück vorwärts bringen, was kommen, was da will.

München, Bayerstraße 25 II. T. R.: 51 692.
Hans Brückner, Bezirksleiter.

Gerühmter Dank sei allen Kollegen, die im abgelaufenen Jahre im Dienste unseres Verbandes gearbeitet und dadurch zur Erweiterung und Vertiefung unserer gewerkschaftlichen Ideen beigetragen haben. Ein arbeitsreiches Jahr liegt wiederum hinter uns. Dasselbe war in Bezug auf die Mitgliederbewegung nicht von Erfolg gekrönt, auch auf anderen Gebieten ließ es zu wünschen übrig. Aber alles in allem genommen, war der Gewinn doch weiter größer als der Verlust. Das Jahr 1913 wird uns vermehrte Verbandsarbeit bringen. Wir wollen sie fröhlich und selbstlos auf uns nehmen mit dem festen Vorsatz: Das Jahr 1913 muß unseren Verband in München wieder ein Stück vorwärts bringen, was kommen, was da will.

Gerühmter Dank sei allen Kollegen, die im abgelaufenen Jahre im Dienste unseres Verbandes gearbeitet und dadurch zur Erweiterung und Vertiefung unserer gewerkschaftlichen Ideen beigetragen haben. Ein arbeitsreiches Jahr liegt wiederum hinter uns. Dasselbe war in Bezug auf die Mitgliederbewegung nicht von Erfolg gekrönt, auch auf anderen Gebieten ließ es zu wünschen übrig. Aber alles in allem genommen, war der Gewinn doch weiter größer als der Verlust. Das Jahr 1913 wird uns vermehrte Verbandsarbeit bringen. Wir wollen sie fröhlich und selbstlos auf uns nehmen mit dem festen Vorsatz: Das Jahr 1913 muß unseren Verband in München wieder ein Stück vorwärts bringen, was kommen, was da will.

Gerühmter Dank sei allen Kollegen, die im abgelaufenen Jahre im Dienste unseres Verbandes gearbeitet und dadurch zur Erweiterung und Vertiefung unserer gewerkschaftlichen Ideen beigetragen haben. Ein arbeitsreiches Jahr liegt wiederum hinter uns. Dasselbe war in Bezug auf die Mitgliederbewegung nicht von Erfolg gekrönt, auch auf anderen Gebieten ließ es zu wünschen übrig. Aber alles in allem genommen, war der Gewinn doch weiter größer als der Verlust. Das Jahr 1913 wird uns vermehrte Verbandsarbeit bringen. Wir wollen sie fröhlich und selbstlos auf uns nehmen mit dem festen Vorsatz: Das Jahr 1913 muß unseren Verband in München wieder ein Stück vorwärts bringen, was kommen, was da will.

Gerühmter Dank sei allen Kollegen, die im abgelaufenen Jahre im Dienste unseres Verbandes gearbeitet und dadurch zur Erweiterung und Vertiefung unserer gewerkschaftlichen Ideen beigetragen haben. Ein arbeitsreiches Jahr liegt wiederum hinter uns. Dasselbe war in Bezug auf die Mitgliederbewegung nicht von Erfolg gekrönt, auch auf anderen Gebieten ließ es zu wünschen übrig. Aber alles in allem genommen, war der Gewinn doch weiter größer als der Verlust. Das Jahr 1913 wird uns vermehrte Verbandsarbeit bringen. Wir wollen sie fröhlich und selbstlos auf uns nehmen mit dem festen Vorsatz: Das Jahr 1913 muß unseren Verband in München wieder ein Stück vorwärts bringen, was kommen, was da will.

Gerühmter Dank sei allen Kollegen, die im abgelaufenen Jahre im Dienste unseres Verbandes gearbeitet und dadurch zur Erweiterung und Vertiefung unserer gewerkschaftlichen Ideen beigetragen haben. Ein arbeitsreiches Jahr liegt wiederum hinter uns. Dasselbe war in Bezug auf die Mitgliederbewegung nicht von Erfolg gekrönt, auch auf anderen Gebieten ließ es zu wünschen übrig. Aber alles in allem genommen, war der Gewinn doch weiter größer als der Verlust. Das Jahr 1913 wird uns vermehrte Verbandsarbeit bringen. Wir wollen sie fröhlich und selbstlos auf uns nehmen mit dem festen Vorsatz: Das Jahr 1913 muß unseren Verband in München wieder ein Stück vorwärts bringen, was kommen, was da will.

Gerühmter Dank sei allen Kollegen, die im abgelaufenen Jahre im Dienste unseres Verbandes gearbeitet und dadurch zur Erweiterung und Vertiefung unserer gewerkschaftlichen Ideen beigetragen haben. Ein arbeitsreiches Jahr liegt wiederum hinter uns. Dasselbe war in Bezug auf die Mitgliederbewegung nicht von Erfolg gekrönt, auch auf anderen Gebieten ließ es zu wünschen übrig. Aber alles in allem genommen, war der Gewinn doch weiter größer als der Verlust. Das Jahr 1913 wird uns vermehrte Verbandsarbeit bringen. Wir wollen sie fröhlich und selbstlos auf uns nehmen mit dem festen Vorsatz: Das Jahr 1913 muß unseren Verband in München wieder ein Stück vorwärts bringen, was kommen, was da will.

Gerühmter Dank sei allen Kollegen, die im abgelaufenen Jahre im Dienste unseres Verbandes gearbeitet und dadurch zur Erweiterung und Vertiefung unserer gewerkschaftlichen Ideen beigetragen haben. Ein arbeitsreiches Jahr liegt wiederum hinter uns. Dasselbe war in Bezug auf die Mitgliederbewegung nicht von Erfolg gekrönt, auch auf anderen Gebieten ließ es zu wünschen übrig. Aber alles in allem genommen, war der Gewinn doch weiter größer als der Verlust. Das Jahr 1913 wird uns vermehrte Verbandsarbeit bringen. Wir wollen sie fröhlich und selbstlos auf uns nehmen mit dem festen Vorsatz: Das Jahr 1913 muß unseren Verband in München wieder ein Stück vorwärts bringen, was kommen, was da will.

Gerühmter Dank sei allen Kollegen, die im abgelaufenen Jahre im Dienste unseres Verbandes gearbeitet und dadurch zur Erweiterung und Vertiefung unserer gewerkschaftlichen Ideen beigetragen haben. Ein arbeitsreiches Jahr liegt wiederum hinter uns. Dasselbe war in Bezug auf die Mitgliederbewegung nicht von Erfolg gekrönt, auch auf anderen Gebieten ließ es zu wünschen übrig. Aber alles in allem genommen, war der Gewinn doch weiter größer als der Verlust. Das Jahr 1913 wird uns vermehrte Verbandsarbeit bringen. Wir wollen sie fröhlich und selbstlos auf uns nehmen mit dem festen Vorsatz: Das Jahr 1913 muß unseren Verband in München wieder ein Stück vorwärts bringen, was kommen, was da will.

Gerühmter Dank sei allen Kollegen, die im abgelaufenen Jahre im Dienste unseres Verbandes gearbeitet und dadurch zur Erweiterung und Vertiefung unserer gewerkschaftlichen Ideen beigetragen haben. Ein arbeitsreiches Jahr liegt wiederum hinter uns. Dasselbe war in Bezug auf die Mitgliederbewegung nicht von Erfolg gekrönt, auch auf anderen Gebieten ließ es zu wünschen übrig. Aber alles in allem genommen, war der Gewinn doch weiter größer als der Verlust. Das Jahr 1913 wird uns vermehrte Verbandsarbeit bringen. Wir wollen sie fröhlich und selbstlos auf uns nehmen mit dem festen Vorsatz: Das Jahr 1913 muß unseren Verband in München wieder ein Stück vorwärts bringen, was kommen, was da will.

Gerühmter Dank sei allen Kollegen, die im abgelaufenen Jahre im Dienste unseres Verbandes gearbeitet und dadurch zur Erweiterung und Vertiefung unserer gewerkschaftlichen Ideen beigetragen haben. Ein arbeitsreiches Jahr liegt wiederum hinter uns. Dasselbe war in Bezug auf die Mitgliederbewegung nicht von Erfolg gekrönt, auch auf anderen Gebieten ließ es zu wünschen übrig. Aber alles in allem genommen, war der Gewinn doch weiter größer als der Verlust. Das Jahr 1913 wird uns vermehrte Verbandsarbeit bringen. Wir wollen sie fröhlich und selbstlos auf uns nehmen mit dem festen Vorsatz: Das Jahr 1913 muß unseren Verband in München wieder ein Stück vorwärts bringen, was kommen, was da will.

Gerühmter Dank sei allen Kollegen, die im abgelaufenen Jahre im Dienste unseres Verbandes gearbeitet und dadurch zur Erweiterung und Vertiefung unserer gewerkschaftlichen Ideen beigetragen haben. Ein arbeitsreiches Jahr liegt wiederum hinter uns. Dasselbe war in Bezug auf die Mitgliederbewegung nicht von Erfolg gekrönt, auch auf anderen Gebieten ließ es zu wünschen übrig. Aber alles in allem genommen, war der Gewinn doch weiter größer als der Verlust. Das Jahr 1913 wird uns vermehrte Verbandsarbeit bringen. Wir wollen sie fröhlich und selbstlos auf uns nehmen mit dem festen Vorsatz: Das Jahr 1913 muß unseren Verband in München wieder ein Stück vorwärts bringen, was kommen, was da will.

Gerühmter Dank sei allen Kollegen, die im abgelaufenen Jahre im Dienste unseres Verbandes gearbeitet und dadurch zur Erweiterung und Vertiefung unserer gewerkschaftlichen Ideen beigetragen haben. Ein arbeitsreiches Jahr liegt wiederum hinter uns. Dasselbe war in Bezug auf die Mitgliederbewegung nicht von Erfolg gekrönt, auch auf anderen Gebieten ließ es zu wünschen übrig. Aber alles in allem genommen, war der Gewinn doch weiter größer als der Verlust. Das Jahr 1913 wird uns vermehrte Verbandsarbeit bringen. Wir wollen sie fröhlich und selbstlos auf uns nehmen mit dem festen Vorsatz: Das Jahr 1913 muß unseren Verband in München wieder ein Stück vorwärts bringen, was kommen, was da will.

Gerühmter Dank sei allen Kollegen, die im abgelaufenen Jahre im Dienste unseres Verbandes gearbeitet und dadurch zur Erweiterung und Vertiefung unserer gewerkschaftlichen Ideen beigetragen haben. Ein arbeitsreiches Jahr liegt wiederum hinter uns. Dasselbe war in Bezug auf die Mitgliederbewegung nicht von Erfolg gekrönt, auch auf anderen Gebieten ließ es zu wünschen übrig. Aber alles in allem genommen, war der Gewinn doch weiter größer als der Verlust. Das Jahr 1913 wird uns vermehrte Verbandsarbeit bringen. Wir wollen sie fröhlich und selbstlos auf uns nehmen mit dem festen Vorsatz: Das Jahr 1913 muß unseren Verband in München wieder ein Stück vorwärts bringen, was kommen, was da will.

Holen, daß wir von der Entlassung der „frei“ organisierten Hilfsarbeiter an dem Erweiterungsbau der St. Josephskirche in Ehrenfeld erst durch den Artikel in der „Münchener Zeitung“ erfahren haben.

Wenn in einer Kartellversammlung in Nipps die Verhältnisse am dortigen Kirchenbau zur Sprache kamen, so aus dem Grunde, weil zur selben Zeit (Spätherbst vorigen Jahres) an dem betreffenden Kirchenbau über 40 „frei“ organisierte Bauarbeiter beschäftigt wurden und nur 2-3 Mitglieder unseres Verbandes. Wir sagten schon in Nr. 24 der „Baugewerkschaft“: „Lezten Endes haben doch die Mitglieder unseres Verbandes ebenfugot ein Anrecht darauf, an Kirchenbauten Beschäftigung zu finden als die „Genossen.“ Auch stimmt es nicht, daß an den Neubauten der Konsumgenossenschaft „Eintracht“ keine frei organisierten Bauarbeiter beschäftigt wurden. Da mag sich der „Grundstein“-Artikelschreiber mal bei seinem langjährigen Vorstandsmittgließe Ritter erkundigen, der wird ihn schon eines besseren belehren. Aber selbst wenn unsere Mitglieder sagten: An den Bauten der Konsumgenossenschaft „Foschung“ darf kein christlich organisierter Bauarbeiter arbeiten, dann wollen wir an der „Eintracht“ darauf sehen, daß hier möglichst unsere Mitglieder Berücksichtigung finden — wer wollte ihnen das verdenken? — Am Erweiterungsbau der Bürgergehilfschaft waren sicher so viel „frei“ Organisierte beschäftigt als Mitglieder unseres Verbandes. Die Forderungen „frei“ organisierten Bauarbeiter können hierüber Auskunft geben. Am Schluß des „Grundstein“-Artikels heißt es: „Nun haben wir noch zwei kleine Fragen: Der Berichterstatter der „Baugewerkschaft“ hat jedenfalls genau die Zahl der frei organisierten Arbeiter an den betreffenden Baustellen festgestellt, will er nicht einmal die Zahl der Unternehmern im „hülfigen“ Köln feststellen, die einer christlichen Unternehmerorganisation angehören? — Oder kann er uns einen Kirchenvorstand oder sonst eine kirchliche Behörde nennen, die von einem Unternehmer verlangt hätte, er solle sich christlich organisieren?“

Gott, wie schlaun auf einmal die Leute im Volkshaus geworden sind. Diese Fragen mag ein Flugblatt uns beantworten, das die Ortskarte der christlichen Gewerkschaften des bayerischen Landes auf die nämliche Anfrage von sozialdemokratischer Seite herauszugeben genötigt waren. Mag sich die hiesige „Genossen“-leitung die Antwort gut einprägen, damit sie dieselbe nicht vergißt. Also: Warum gibt es keine christlichen Unternehmerverbände?

1. Die atheistischen Unternehmer sind nicht so grenzenlos dumm wie die atheistischen Arbeiter, daß sie andersdenkende von sich abstoßen und ein Zusammengehen in Interessenfragen unmöglich machen.

2. Auch die Unternehmerzeitungen sind nicht so haarsträubend dumm, daß sie Artikel gegen die christliche Religion abdrucken. Diese Dummheit begehen aber die Hochzeitungen der sozialdemokratischen Gewerkschaften.

3. Die Unternehmerverbände sind nicht so dumm, daß sie Vortragsabende veranstalten, in denen das Christentum in den Schmutz gezogen wird. Diese Dummheit begehen aber die sogenannten freien Gewerkschaften.

4. Die Unternehmensekretäre sind nicht so dumm, daß sie es als Interessenvertretung betrachten, christliche Klassengenossen vor den Kopf zu stoßen. Diese Dummheit bringen nur sozialdemokratische Gewerkschaftsekretäre fertig.

5. Die Unternehmerverbände sind nicht so dumm, die Beiträge der Mitglieder einer bestimmten Partei bei den Wahlen zur Verfügung zu stellen. Diese Dummheit begehen aber die sozialdemokratischen sogenannten freien Gewerkschaften, indem sie die Mitgliederbeiträge zur Unterstützung der sozialdemokratischen Partei mißbrauchen.

6. Die Unternehmerverbände sind nicht so dumm, ihre Mitglieder für eine bestimmte Partei erziehen zu wollen, vielmehr sind ihre Mitglieder konservativ, freijünnig, nationalliberal, Zentrumsanhänger oder weiß sonst, ohne daß sie irgendwie behelligt werden. Diese Dummheit begehen aber die sogenannten freien Gewerkschaften, indem sie jedem nicht sozialdemokratischen Arbeiter, wenn er sich nicht erziehen läßt, zeigen, wo der Zimmermann das Loch gefassen hat.

7. Die Unternehmerverbände sind auch nicht so dumm, „Festfeiertage“ zu veranstalten, an denen sie ihre Kollegen zwingen, zu „feiern“. Diese Dummheit begehen aber die sogenannten „Freien“, indem sie die Arbeiterkraft zwingen wollen, gegen ihren Willen, den ihren Interessen direkt entgegenwirkenden Festfeiertag zu feiern.

8. Die Unternehmerverbände sind auch nicht so dumm, bei der Anstellung ihrer Sekretäre die Zugehörigkeit zu irgendeiner Partei als Bedingung zu machen.

9. Die Unternehmerverbände sind auch nicht so dumm, daß sie von ihren Mitgliedern den Austritt aus der Kirche und den Konfessionellen Vereinen verlangen. Diese Dummheit findet man nur bei den sozialdemokratischen Verbänden.

10. Die Unternehmerverbände sind ebenso klug, jedem Mitgliede seine religiöse und politische Ueberzeugung gleichviel welche, zu lassen. Die sozialdemokratischen Arbeiter bringen es nicht fertig, einzusehen, daß eine gleiche Neutralität auch für die Arbeiterorganisation notwendig ist, und haben infolgedessen die Arbeiter

Verbandsnachrichten.

Sie machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 7. Juli, der zehnte Wochenbeitrag fällig ist.

Nochmals — „Wie die Kirche Arbeiter brotlos macht.“

In Nr. 2 des „Grundstein“ versucht die Leitung des freien Bauarbeiterverbandes in Köln ihrem bekannten Gegenpart zu machen. Der Artikelschreiber beklagt sich dabei über den noblen Ton in der ... Na, Albert, da hat man dir was Neues gesagt. ... Bekanntes Sprichwort sagt: Wenn man der Leuten die Wahrheit sagt, kann man bei ihnen nicht herbergen. So auch in diesem Falle. Zur Sache selbst können wir nur nochmals wieder-

schaft in sozialdemokratische, christliche und Reichs-
Dundersche gespalten. Auch die gelbe Bewegung ist
ein Kind der Sozialdemokratie, deren Tätigkeit von
jeher arbeiterspaltend und arbeiterschädigend war.
Aus dem Angeführten, das sich noch vermehren
läßt, geht zur Genüge hervor, wie richtig die oben ge-
gebene kurze Antwort ist. Es zeigt aber auch zur Genüge,
wo die eigentlichen Urheber der Arbeiter-
zersplitterung liegen. Aus diesen Gründen gibt
es christliche Gewerkschaften, und eben deshalb, weil die
Unternehmer so klug sind und vermeiden alles, was
irgendwie eines ihrer Mitglieder verletzen könnte,
haben wir keine „christlichen“ Unternehmerverbände.
Für alle Arbeiter, die mit einer solchen Tätigkeit der
sogenannten freien Verbände nicht einverstanden sind,
kann die „Parole“ nur lauten: Hinein in die christ-
lichen Gewerkschaften! Und heraus aus
den sozialdemokratischen Gewerkschaften!

I. Westdeutsche Konferenz evan- gelischer Arbeiter.

Essen-Kuhr, 22. Juni 1913.

Um Stellung zu nehmen zu den neuerdings heftig
entbrannten Kämpfen um die gewerkschaftliche
Organisation der evangelischen Arbeiter-
schaft, hatten sich heute nachmittag über 500 Vertreter
der in den christlichen Gewerkschaften organisierten evan-
gelischen Arbeiter aus ca. 170 Orten des rheinisch-
westfälischen Industriegebietes im Kriegerheim versam-
melt. Die Einladung war von dem hiesigen Sekretariat
des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften aus-
gegangen.

Gewerkschaftssekretär Schlaach-Dortmund er-
öffnete die Konferenz mit einer Würdigung des Kaiser-
jubiläums vom Arbeiterstandpunkt aus. Unter stür-
mischem Beifall der Versammlung wies er die gerade
in dieser erhabenden Zeit nationalen Gedankens fast
täglich erfolgenden unwahrscheinlichen, verheerenden Angriffe
sozialdemokratischer Zeitungen und Personen auf un-
seren Kaiser zurück. Die Arbeiterchaft habe allen Grund,
mit Liebe und Verehrung zu Kaiser Wilhelm emporzuh-
teln, dessen berühmte Geburtsurkunde vom Jahre
1890 echt sozialen Geist atmet. „Wir christlich-nationalen
Arbeiter stehen unerschütterlich zu unserem Kaiser. Wir
halten ihm die Treue in guten wie in bösen Tagen.“
Zur Bekräftigung dieses Gelöbnisses brachte die itali-
sche Versammlung ein dreimaliges donnerndes Hoch auf
Se. Majestät aus.

Über die evangelische Arbeiterschaft
und die gewerkschaftlichen Kämpfe der Ge-
genwart“ hielt dann Gewerkschaftssekretär Meyer-
Essen einen längeren Vortrag. Der Redner begründete
ausführlich die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der
Mitarbeit der evangelischen Arbeiter in den christlich-
nationalen Gewerkschaften. Eine andere Gewerkschafts-
richtung komme für bewußt evangelische Arbeiter nicht
in Frage. Ebenso notwendig wie die Mitarbeit in den
christlichen Gewerkschaften sei aber auch die Betätigung
in den konfessionellen Arbeitervereinen. Jeder evan-
gelische christliche Gewerkschaftler müsse Mitglied eines
evangelischen Arbeitervereins sein und durch praktische
Mitarbeit seinen Einfluß geltend machen, damit die
einzelnen Vereine im Sinne der wiederholt gefaßten
Beschlüsse geleitet würden, die eine Waffenbrüderschaft
mit den christlichen Gewerkschaften und gegenseitige prak-
tische Förderung besürworten. Das Hand-in-Handarbeiten
beider Organisationen sei gegenwärtig um so wichtiger,
als der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in den
gelben Gewerkschaften ein neuer, unangenehmer
Gegner erstanden sei. Infolge der ihnen zur Verfügung
stehenden Finanzkraft und der wirtschaftlichen Macht
vieler Arbeitgeber sei es den Wertvereinen vielfach mög-
lich, christlich-nationalen Arbeitern und evangelischen Ar-
beitervereinen Schwierigkeiten zu bereiten. Diese Mög-
lichkeit hätten die Gelben bereits so nachhaltig ausge-
nützt, daß die rheinisch-westfälischen evangelischen Ar-
beitervereine sich veranlaßt gesehen hätten, Abwehr-
maßnahmen zu ergreifen. Es liege bereits der Beschluß
vor, daß gelbe Gewerkschaftler, die als Mitglieder von
evangelischen Arbeitervereinen in den Vereinen für die
gelbe Bewegung agitieren oder öffentlich gegen Beschlüsse
und Kundgebungen der evangelischen Arbeitervereine
Stellung nehmen, ausgeschlossen werden. In diesem
Abwehrkampf der evangelischen Arbeitervereine gegen
die Wertvereine müsse jeder evangelische christliche Ge-
werkschaftler seinen Mann stehen. Der Redner gab im
Laufe seiner Darlegungen folgende Aufstellung über die
Beiträge der Wertbesitzer zu den Kassen der gelben
Vereine bekannt, wobei er betonte, daß das nur ein
Teil der Wertbeiträge sei, da viele Vereine die ihnen
vom Unternehmer geschenkten Summen nicht kennen.
Es erhielten die Wertvereine von:

Röhtling-Höllingen	50 835.—
Chemische Fabrik Sömmering	5 000.—
Körtinger Werke	20 000.—
Burbacher Hütte	31 412.—
Schulzfabrik Wessels, Augsburg seit 1907	15 000.—
Bier Augsburg 1905	140 000.—
Bier Augsburg 1911	104 455.—
Fuldaer Glas- und Emaillewerk F. Wellingner	10 000.—
Porzellanfabrik Weiden F. C. Wellingner	3 000.—
Gebr. Baumann, Amberg	10 000.—
Witz, Heidenheim	125 000.—
Summa:	512 702.—

Mit der Mahnung zu unermüdlicher Weiterarbeit schloß
Koll. Meyer seine Ausführungen, für die er den leb-
haftesten Beifall erntete.

Im Anschluß daran wurde nachfolgende Ent-
scheidung einstimmig angenommen:

„Die heute im Kriegerheim zu Essen tagende, von
über 500 Personen besuchte Vertreterkonferenz evange-
lischer christlich-nationaler Arbeiter spricht, dem rhein-
isch-westfälischen Verband evangelischer Arbeitervereine
ihren Dank und Anerkennung aus für die tapfere Hal-
tung gegenüber der gelben Bewegung.“

Die Vertreter geloben, dahin zu wirken, daß sich
alle evangelischen Kollegen der christlich-nationalen Ge-
werkschaften den evangelischen Arbeitervereinen an-
schließen und letztere im Kampfe gegen
die gelben Wertvereine aufs nachhaltigste unterstützen.

Um die auf christlich-nationale Boden stehenden
evangelischen Berufskollegen richtet die Konferenz den
Appell, sich, soweit es noch nicht geschehen ist, den
christlich-nationalen Gewerkschaften an-
zuschließen, weil gegenüber der geschlossenen sozialdemo-
kratischen Gewerkschaftsbewegung nur eine einheitliche,
geschlossene christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung
sich durchzusetzen und die wirtschaftlichen Interessen der
Arbeiter wahrzunehmen vermag.

Die gelben Wertvereine können wegen ihrer
Abhängigkeit und Unselbständigkeit, aber auch aus sitt-
lich-religiösen, sozialwirtschaftlichen und nationalen
Gründen nicht als Interessenvertretung einer selbst-
bewußten und charakterfesten Arbeiterschaft angesehen
werden.“

An der nunmehr folgenden Diskussion, die sehr
lebhafte war, beteiligten sich u. a. die Vertreter Michae-
lis-Bochum, Wraatz-Buer, Klusen-Neckinghausen,
Hillenbrand-Menden, Möller-Schwelm, van
Schuel-Dülsdorf, Gewerkschaftssekretär Baltus-
Cöln und Reichstagsabgeordneter Behrens-Essen. Leh-
terer erklärte, daß durch das Entstehen der gelben Be-
wegung der nationale Gedanke in der Arbeiterschaft schwer
geschädigt worden sei. Ferner wies Abg. Behrens auf die
Notwendigkeit und Wichtigkeit der Fugenarbeit in
der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hin.

Nach einem kurzen Schlußwort des Gewerkschafts-
sekretärs Meyer und einem begeisterten Hoch auf die
christlich-nationale Arbeiterbewegung wurde die Konferenz
nach 5 Uhr geschlossen.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Der Arbeitsmarkt im Monat Mai 1913. Die
Lage des gewerblichen Arbeitsmarktes im
Mai 1913 ist nach dem Reichsarbeitsblatt im all-
gemeinen befriedigend. Zum Teil ist eine Ver-
besserung, teilweise aber auch eine Verschlechterung des
Geschäftsganges gegenüber dem Vormonat eingetreten.
Im Vergleich zum Mai 1912 scheint die Beschäftigung im
ganzen weniger lebhaft gewesen zu sein.

Der Steinkohlenbergbau des Ruhr- wie des
Saargebietes und des Ruhrener Meiers war voll be-
schäftigt. Nach Beendigung des Streiks hatten auch die
Gruben in Oberschlesien gute Beschäftigung. Im mittel-
deutschen Braunkohlenbergbau ist gegen den Vor-
monat eher eine Verschlechterung als eine Verbesserung
eingetreten, im Lausitzer Braunkohlengebiete hob sich der
im Anfang des Monats schwache Geschäftsgang gegen
Ende des Mai. Gut beschäftigt waren Eisenerz-,
Roheisen- wie Kupfergewinnung, ebenso die
Eisengießereien. Im Eisenerzbergbau war die
Geschäftslage besser als im Vormonat, in der Kupfer-
industrie machte sich jedoch ein langsamerer Eingang neuer
Aufträge bemerkbar. Auch für die befriedigend beschäf-
tigten Eisen- und Walzwerke wird das zum Teil
berichtet.

Im Baugewerbe scheint sich eine Besserung der
ungünstigen Lage bemerkbar zu machen, doch lauten die
Berichte nicht ganz einheitlich. Eine Anzahl Verbände
berichtet über eine geringe Verbesserung der Geschäft-
tätigkeit im Vergleich zum Vormonat. Vor Abschluß
des neuen Tarifvertrags waren Arbeiten zurückgehalten
worden, die jetzt nach Abschluß des Vertrags in Angriff
genommen wurden. Zum Teil wird eine Verbesserung,
trotzdem die Privatsauwirtschaft noch fast vollständig ruht,
auf Submissionsvergaben zurückgeführt. Einige wenige
Berichte bezeichnen den Geschäftsgang als sich weiter
verschlechternd, und zwar unter dem Einfluß der Lohn-
erhöhungen (!), welche der neue Tarifvertrag gebracht
hat. Es handelt sich um eine Erhöhung des Stunden-
lohns um 2 Pf. bei Maurern, Zimmerern, Bauhilfs-
arbeitern wie Grundarbeitern.

Bei den Krankenversicherungskassen des Bau-
gewerbes, die sich auf 52 948 männliche und 713 weibliche
Mitglieder beziehen, ergab sich am 1. Juni gegen den
1. Mai eine Zunahme um 1685 männliche und 76 weib-
liche Versicherungspflichtige, abzüglich der Kranken. Die
Betriebskrankenkassen mit einem Bestande von 53 548
männlichen und 1330 weiblichen versicherten Mitgliedern
hatten eine Zunahme um 4164 männliche und 70 weib-
liche versicherungspflichtige Mitglieder ohne Kranke auf-
zuweisen.

In der Gewerbegruppe Baugewerbe waren im
100 Mitgliedern von Fachverbänden arbeitslos:

Anzahl	Mitgliederzahl	Mai 1913	Mai 1912
der Verbände	3	7 325	9,8
			5,7

Die Zahl der bei den berichtenden Krankenkassen
am 1. Juni in Arbeit stehenden Mitglieder übertraf die
jenige des 1. Mai um 12 779. An dieser Steigerung
war das männliche Geschlecht mit 22 996 oder 0,62 v. H.
beteiligt, während das weibliche einen Rückgang von
10 217 Personen oder 0,62 v. H. aufweist. Im gleichen
Monat des Vorjahres betrug die Zunahme 0,86 v. H.
bei den männlichen und 0,41 v. H. bei den weiblichen
Personen. Die Zunahme an männlichen Mitgliedern war
also in diesem Jahre nicht so stark wie im Vorjahr,
während bei den weiblichen Mitgliedern sich im Berichts-
monat ein Rückgang gegen eine Zunahme im Vorjahre
ergab. Bei Orts-, Orts- und Betriebskrank-

Trockene Wände

durch die echten Patent-Kosmos-Tafeln.
Prospekt Nr. 812 A und Muster osenost.
A.W. ANDERNACH, BEUEL A. RHEIN.

lassen haben die männlichen Mitglieder zu, die weiblichen
abgenommen.

Die Einnahme aus dem Güterverkehr herti-
scher Eisenbahnen ausschließlich Baherns betrug
im Mai 1913: 165 494 344 M., das sind 7 486 213 M.
weniger als im Vormonat, und 4 512 729 M. mehr als
im gleichen Monat des Vorjahres. Die Mehrertrags-
gegenüber dem Vorjahr beziffert sich auf 49 M. oder
1,61 v. H. auf 1 Kilometer.

Zur reinen Warenverkehr des Spezialhandels,
der die Ein- und Ausfuhr in der und aus dem freien
Verkehr, sowie zur und nach Veredelung auf inländische
Rechnung umfaßt, hatte im Monat Mai 1913 die Ein-
fuhr in das Deutsche Reich nach den vorläufigen Fest-
stellungen einen Wert von 905,37 Millionen Mark, die
Ausfuhr einen Wert von 826,76 Millionen Mark gegen
907,14 Millionen Mark und 717,94 Millionen Mark in
der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Aus dem Baugewerbe.

(Unter dieser Rubrik finden Baunfälle, Submissionsergebnisse, technische Rat-
ungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Baunfälle sind
so schnell wie möglich einzufenden.)

Laasche (Kr. Wittgenstein). Am Sonntag, den
21. Juni, verunglückte der Kollege Georg Koblberger
aus Hunderbach, indem derselbe zitta fünf Meter hoch
herunterfiel. Koblberger zog sich einen Wirbelbruch zu,
an welchem er wenige Stunden nach Einlieferung ins
Krankenhaus nach Marburg starb. Kollege Koblberger
war am Unfalltag, an dem es ununterbrochen regnete,
mit noch mehreren Kollegen am äußeren Beruppen
eines Fachwerkhäuses beschäftigt. Bei diesen Arbeiten
werden meistens Gerüste mit nur 1-2 Brettern gebaut
und ist Koblberger ausgerutscht. Der so früh und eben
Gekommene hat vor einigen Jahren bereits einen Unfall
beim Holzfällen erlitten.

Münster i. W. (Baunfall.) Bei den Abbruch-
und Ausschachtungsarbeiten der Firma Wilscher in der
Ludgerstraße verunglückte am 21. Juni der Bauhilfs-
arbeiter Geirr. Geld, Mitglied unseres Verbandes, da-
durch, daß er von einstürzenden Erd- und Steinmassen,
welche sich vom Neubau ablösten, verschüttet wurde.
Die Verletzung ist ein Oberschenkelbruch. Wären die
Erdmassen und das Mauerwerk des Nebenhauses besser
abgespreizt gewesen, so konnte der Unfall nicht ge-
schehen. Dieser Unfall zeigt wieder, daß bei Abbruch-
und Ausschachtungsarbeiten immer für genügende Ab-
spreizungen gesorgt werden muß.

Briefkasten.

St. G., Gießen. Vergütungsanzeigen lassen in
die „Baugewerkschaft“ nicht aufgenommen werden, es
sei denn, daß sie als Inserate aufgegeben und natür-
lich auch dementsprechend bezahlt werden. Läßt sich
aber die Bekanntmachung eures Sommerfestes nicht auch
auf eine weniger kostspielige Weise erreichen? Gruß.

Bekanntmachungen.

Adressenänderung.
Bezirk Frankfurt. Die Adresse des Bezirks sowie
des Lokalsekretariats ist vom 9. Juli ab Bleiden-
straße Nr. 22, in der Nähe der Hauptwache.

Achtung! Verwaltungsstelle Marsberg.
Durch Beschluß des Vorstandes findet in der Woche
vom 13. bis 20. Juli eine Bücherkontrolle statt.
Die Bücher und Karten werden durch die Hauskassierer
eingezogen. Ferner erwarten wir, daß alle Kollegen
ihre Verpflichtungen erfüllt haben.
Der Vorstand der Verwaltungsstelle Marsberg.
J. A. Anton Rolte, Vorsitzender.

Wer den Aufenthalt des Bauarbeiters Joh. Ste-
fowitsch, geboren 31. Mai 1884 zu Schwandau, weiß,
wird ersucht, dies mitzuteilen an
Mich. Schneider, Bauarbeiter,
Am Rammerwall 16.

Achtung! Verwaltungsstelle Heilberg.
Am 5. Juli (Sonntags), abends 8 Uhr, findet in
Eppelheim im Gasthaus zum Deutschen Hof Mit-
gliederversammlung statt.
Am Sonntag, den 6. Juli, mittags 12 1/2 Uhr, in
Seutershausen in der Wirtschaft zum Löwen.
Am Sonntag, den 6. Juli, nachmittags 3 Uhr, in
Wilhelmsfeld im Gasthaus zum Adler.

Verwaltungsstelle Neckinghausen.
Aufscheiden und aufbewahren!
Die Geschäftsstelle unseres Verbandes in Neck-
inghausen befindet sich ab 1. Juli im Hause Paulus-
straße 20, parterre (gegenüber der Pauluskirche). Alle
für die Verwaltungsstelle Neckinghausen bestimmten Post-
sendungen sind nach dort zu adressieren. Dasselbe Ar-
beitsnachweis für Bauarbeiter. Die Telephonnummer
wird noch bekanntgegeben.
Der Vorstand. J. A. A. Janz.

